

RICHTLINIEN & AGBS



ALLGEMEINE MESSE- UND BETRIEBSORDNUNG

Allgemeine Messe- und Betriebsordnung für die Durchführung von Messen der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft mbH, im Folgenden kurz als „Veranstalter“ bezeichnet.

1. ANMELDUNG

Die Anmeldung ist für den Aussteller ein rechtsverbindliches und unwiderrufliches Anbot. Anmeldungen mit Vorbehalt sind gegenstandslos. Streichungen, Ergänzungen und Abänderungen im Anmeldeformular und in den Teilnahmebedingungen sind unwirksam. Mit Abgabe der Anmeldung wird die Messe- und Betriebsordnung (Teilnahmebedingungen) vom Aussteller vollinhaltlich anerkannt. Mit dem Eingang (Post, Fax, oder als PDF-Anhang zur E-Mail) der Anmeldung beim Veranstalter ist der Aussteller vorbehaltlich der Annahme durch den Veranstalter zur Teilnahme an der Messe verpflichtet. Anmeldungen als formloser Email-Text sind unwirksam und werden nicht angenommen. Das Anmeldeformular ist vollständig auszufüllen, werden einzelne Rubriken nicht oder nicht vollständig ausgefüllt, gilt das für den Veranstalter Günstigste als vereinbart. Für jeden Ausstellungsplatz ist eine ordnungsgemäß (durch die für die Wirksamkeit erforderliche Zahl von Organen) unterzeichnete und mit Firmenstempel versehene Anmeldung erforderlich. Bei Gesellschaften sind zusätzlich die Firmenbuchnummer/Vereinsnummer und die UID anzugeben. Eine Akontozahlung auf den Beitragsbeitrag gilt nicht als Anmeldung. Die Teilnahmebedingungen gelten sinngemäß auch für Nebenleistungen bzw. Zusatzaufträge, z.B. Inserate, Werbungen und Anzeigen im Katalog/Magazin, Aufbau und Abbau des Messestandes, Miete von Messeausstattungsgegenständen, Bereitstellung von Strom, Wasser, Telefon und sonstigen Einrichtungen.

2. ZULASSUNG / STANDZUTEILUNG

Der Veranstalter ist nicht verpflichtet, die Anmeldung anzunehmen. Über die Zulassung von Ausstellern (Annahme der Anmeldung) sowie die konkrete Platzzuteilung entscheidet ausschließlich der Veranstalter. Der Veranstalter kann Anmeldungen auf Zulassung zur Ausstellung ohne Begründung jederzeit ablehnen. Der Veranstalter kann das vom Aussteller in der Anmeldung angegebene Ausstellungsgut und/oder die Ausstellungsflächen ohne Angabe von Gründen beschränken. Eine derartige Beschränkung lässt den Vertrag mit dem vom Veranstalter geänderten Inhalt zustande kommen.

Als Ausstellungsplätze stehen Flächen und Räume in den Ausstellungshallen und Objekten sowie im Freigelände zur Verfügung. Die Aussteller werden möglichst nach Branchen geordnet eingeteilt. Die Zuweisung des Ausstellungsplatzes erfolgt ausschließlich jeweils nur für eine Messe und kann vom Veranstalter auch nach Zuweisung noch einseitig in Bezug auf Lage und Fläche abgeändert werden, Ausgänge und Durchgänge können vom Veranstalter auch nach Zuweisung verlegt werden. Derartige Änderungen berechtigen den Aussteller nicht zum Vertragsrücktritt. Aus der Annahme des Angebotes (aus der Zulassung des Ausstellers zu einer Messe) kann kein Rechtsanspruch auf die Zulassung zu einer weiteren Messe (Annahme eines Angebotes) abgeleitet werden. Ebenso kann aus der Standzuteilung bei einer Messe kein Rechtsanspruch auf Zuteilung desselben Ausstellungsplatzes auch für künftige Messen/Veranstaltungen abgeleitet werden. Kann der zugeteilte Platz dem Aussteller aus Gründen, die in der Sphäre des Veranstalters liegen, nicht überlassen werden und kann ihm auch kein Ersatzplatz zur Verfügung gestellt werden, hat der Aussteller lediglich Anspruch auf Erstattung der tatsächlich bezahlten Standmiete.

Eine teilweise oder gänzliche Untervermietung oder Weitergabe des zugewiesenen Ausstellungsplatzes ist unzulässig.

Die Aufstellung eigener Baulichkeiten (Pavillons) durch Aussteller ist nur mit vor heriger schriftlicher Genehmigung durch den Veranstalter zulässig. Dem Veranstalter ist eine Planskizze in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Für die Erteilung sämtlicher erforderlicher behördlicher Genehmigungen hat der Aussteller selbst Sorge zu tragen. Die Zulassung und damit Annahme der Anmeldung erfolgt mittels schriftlicher Bestätigung durch den Veranstalter, ebenso die Standzuteilung, die gleichzeitig mit oder nach der Annahme der Anmeldung erfolgen kann. Inländische und internationale Aussteller, deren Ausstellungsgüter dem Thema entsprechen, können zugelassen werden. Handelsvertreter und Importeure können für die von ihnen vertretenen Firmen ausstellen. Nimmt der Aussteller als Vertreter eines Produzenten an der Messe teil, hat er dies dem Veranstalter gleichzeitig mit der Anmeldung bekanntzugeben. Der Veranstalter kann vom Aussteller die Vorlage eines Warenverzeichnisses und eines Eigentumsnachweises für die ausgestellten Exponate verlangen. Die Angabe der Ausstellungsgüter laut Warenverzeichnis ist die Voraussetzung für die Bearbeitung der Anmeldung. Andere Produkte als die im Warenverzeichnis angeführten dürfen nicht ausgestellt werden. Gebrauchte Waren aller Art sind als Ausstellungsgüter nur zulässig, wenn sie vorab vom Veranstalter schriftlich genehmigt wurden. Der Aussteller ist verpflichtet, die angemeldeten Produkte während der gesamten Messedauer uneingeschränkt auszustellen. Eine vorzeitige Schließung des Messestandes bzw. ein vorzeitiger Abbau des Messestandes sind ausgeschlossen. Der Aussteller verpflichtet sich bei Verletzung dieser Verpflichtung einen Schadenersatzbetrag

in Höhe von 25% der verrechneten Standmiete – vorbehaltlich eines darüber hinaus gehenden Schadens - zu bezahlen.

Der Aussteller hat sich jeder politischen Propaganda zu enthalten, auch jegliche Bezugnahme auf religiöse Inhalte ist untersagt.

3. STORNIERUNG/ZURÜCKZIEHUNG DER ANMELDUNG/ STORNOBEDINGUNGEN

Der Veranstalter hat das Recht auch bereits erfolgte Standzuweisungen ohne Angabe von Gründen jederzeit abzuändern oder zu stornieren. Eine Stornierung bereits erfolgter Standzuweisungen erfolgt auch dann, wenn der Aussteller seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht nachkommt, über das Unternehmen eines Ausstellers der gerichtliche Ausgleich oder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, noch offene Forderungen aus vorangegangenen Messen vorliegen oder die Exponate nicht dem Messthemata entsprechen. Kann die Veranstaltung aufgrund höherer Gewalt, Streik, politischer Ereignisse, oder sonstiger wichtiger Gründe (worunter insbesondere auch behördliche Maßnahmen, wie beispielsweise Betretungsverbote oder Einschränkungen) nicht durchgeführt werden oder muss sie verschoben werden bzw. verkürzt oder verlängert werden, sind jegliche Schadenersatzansprüche des Ausstellers dem Veranstalter gegenüber ausgeschlossen.

Ein Vertragsrücktritt des Ausstellers ist nur bis zum Absenden der schriftlichen Bestätigung durch den Veranstalter zulässig. Bei Stornierung (Zurückziehung) der Anmeldung hat der Aussteller an den Veranstalter folgende Stornogebühren zu bezahlen: Bis 8 Wochen vor Messebeginn 50% der vereinbarten Standmiete, ab 8 Wochen vor Messebeginn 100% der vereinbarten Standmiete, jeweils zuzüglich Steuern, Abgaben, sonstiger Nebenkosten und der allfälligen bereits entstandenen Kosten für bestellte Technik- und Serviceleistungen. Im Fall, dass eine Messe aufgrund eines behördlich verfügten Lockdowns nicht stattfinden kann (harter Lockdown), ist vom Aussteller keine Stornogebühr zu bezahlen, jedoch sind vom Veranstalter bereits erbrachte Vorleistungen vom Aussteller auch in diesem Fall zu bezahlen.

Die Stornogebühr ist als pauschalierter Schadenersatz unabhängig von einem Verschulden zu bezahlen, wobei der Aussteller auf eine Minderung, aus welchen Gründen auch immer, insbesondere auch auf das richterliche Mäßigungsrecht, verzichtet. Der Aussteller nimmt zur Kenntnis, dass die Stornogebühr auch dann zu bezahlen ist, wenn es dem Veranstalter gelingt, den Messestand an einen Dritten zu vermieten oder zu verkaufen. Die Geltendmachung eines Schadenersatzes, welcher über die vereinbarten Stornogebühren hinausgeht, bleibt davon unberührt. Die Fälligkeit der Stornogebühr zzgl. der darüberhinausgehenden Zahlungen richtet sich nach der Stornorechnung. Nach dem Storno stehen dem Aussteller – unabhängig von den zu entrichtenden Gebühren – keinerlei Rechte auf jenen Ausstellungsplatz zu, für den das Storno erfolgt. Als Storno gilt auch die Zurücknahme einer Anmeldung für den Fall, dass der Veranstalter die mit der Anmeldung vorgebrachten Wünsche hinsichtlich Beschaffenheit des Ausstellungsplatzes (Größe, Lage, etc.) nicht zu erfüllen vermag. Der Wunsch nach Anschlussmöglichkeit an eine Wasser-, Licht- und Kraftstromversorgung ist entsprechend dem Anmeldeformular bei der Anmeldung anzugeben.

4. STANDMIETE/ MITAUSSTELLERGEBÜHR/FAKTURIERUNG/ ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

Mit dem Eingang der Anmeldung beim Veranstalter ist der Aussteller vorbehaltlich der Annahme durch den Veranstalter zur Teilnahme an der Messe verpflichtet. Es gelten die jeweils am Anmeldeformular angeführten Quadratmeterpreise für die Dauer der Veranstaltung. Jeder aufgrund ordnungsgemäß ausgefüllter Mitausstellerunterlagen zugelassene Mitaussteller oder Untermieter hat eine durch die Messeleitung festgesetzte Mitausstellergebühr zu entrichten.

Jeder angefangene Quadratmeter (inkl. etwaiger Säulen, Stromkästen etc.) wird als voll berechnet. Sämtliche Mietpreise verstehen sich exklusive Steuern und Abgaben. Da die Verträge mit den Ausstellern gebührenpflichtig sind, wird zu der angeführten Beitragungsgebühr, inkl. der gesetzlichen Umsatzsteuer, die 1%ige staatliche Rechtsgeschäftsgebühr hinzugerechnet.

Circa 4 Wochen vor Messebeginn erhält der Aussteller die Rechnung, die so rechtzeitig zu bezahlen ist, dass der Rechnungsbetrag jedenfalls 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung in voller Höhe ohne jeden Abzug auf dem Konto des Veranstalters gutgeschrieben ist. Nach diesem Termin ausgestellte Rechnungen sind sofort fällig.

Der Aussteller ist verpflichtet, sämtliche Kosten für Nebenleistungen bei Rechnungslegung zu bezahlen, wobei der Veranstalter auch berechtigt ist, für diese Leistungen Vorauszahlungen zu verlangen. Eine Rechnung kann abweichende Zahlungsbedingungen und Zahlungstermine festlegen, die für den Aussteller verbindlich sind. Die termingerechte Zahlung der Rechnungen und einer allfälligen Anmeldepauschale sowie die Begleichung allfälliger offener Forderungen aus früheren Veranstaltungen sind Voraussetzungen für die Übergabe des zugewiesenen Standes/Standplatzes. Beanstandungen der Rechnung sind innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt vorzunehmen. Nach diesem Zeitpunkt gilt die

Rechnung als genehmigt, später eingehende Beanstandungen sind unwirksam. Für den Fall des Zahlungsverzuges werden 10 % Zinsen p.a. ab Fälligkeit sowie EUR 7,00 je Mahnschreiben vereinbart. Der Aussteller ist verpflichtet, die dem Veranstalter entstehenden oder dem Veranstalter von Dritten verrechneten Mahn- und Inkassokosten zu ersetzen. Davon unberührt bleiben die von den Gerichten zu bestimmenden bzw. bestimmten Klags- und Exekutionskosten. Der Aussteller ist nicht berechtigt, wegen Gegenforderungen welcher Art auch immer die Zahlung fälliger Rechnungen zurückzubehalten, die Zahlung zu verweigern oder dagegen aufzurechnen. Der Veranstalter behält sich das Recht vor, den Beginn und die Dauer der Messe/Veranstaltung, aus welchen Gründen auch immer, abzuändern, ohne dass der Aussteller daraus irgendwelche Ansprüche gegen den Veranstalter (Rücktritt, Schadenersatz etc.) ableiten könnte. Während der Messeveranstaltung festgestellte, unbefugte Standvergrößerungen werden mit dem doppelten Quadratmeterpreis für diese Fläche nachverrechnet.

5. STANDBAU / GESTALTUNG DER STÄNDE

Jeder Aussteller hat für die Gestaltung des Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsplatzes selbst zu sorgen. Alle Aufbauten sind so auszubilden, dass weder das Gesamtbild der Halle bzw. des Messegeländes noch die Interessen der angrenzenden Aussteller beeinträchtigt werden. Die Ausstellungsplätze verstehen sich grundsätzlich ohne Kojenwände und ohne Einrichtung, außer bei Bestellung eines Komplettstandes und/oder schriftlichen Sondervereinbarung mit dem Veranstalter. Die Standaufbauten der Aussteller dürfen eine Höhe von 250 cm nicht überschreiten (Standardaufbauhöhe). Höhere Standaufbauten sind nur nach Vorlage von Bauplänen und schriftlicher Vereinbarung mit dem Veranstalter möglich. Entsprechende Baupläne sind bis spätestens 2 Monate vor Messebeginn beim Veranstalter einzureichen. Für eine eventuelle zweigeschossige Standbauweise wird ein Aufschlag von 50% auf die Platzgebühr pro m² überbauter Fläche berechnet. Vor der Errichtung solcher Stände, ausgenommen Inselstände, müssen ferner die schriftliche Zustimmung der benachbarten Aussteller sowie ein Gutachten eines Zivilingenieurs bezüglich der statischen Festigkeit und eine Bestätigung des sach- und fachgerechten Aufbaus durch den Erbauer vorliegen. Glasaufbauten dürfen aus Sicherheitsgründen nur mit einem Abstand von 50 cm von der Standgrenze platziert sein. Sicherheitsglas ist von dieser Regel ausgenommen. Auf Verkehrsflächen darf überhaupt nur Sicherheitsglas verwendet werden.

Mit dem „AMB Bestellheft für Technische Dienstleistungen“ kann jeder Aussteller zusätzliche Leistungen (Elektro- oder Wasseranschluss, Grafik, Pflanzen, Reinigung sowie Mietmobiliar bis hin zum kompletten Messestand) von AMB Ausstellungsservice u. Messebau GmbH, Messeplatz 1 bestellen. Das AMB Bestellheft steht auf der Homepage der jeweiligen Messe zur Verfügung.

Jeder Aussteller hat den ihm zugewiesenen Ausstellungsplatz mit seiner vollständigen Firmenanschrift zu versehen. Sofern in einem Stand fremdsprachige Aufschriften angebracht werden, ist an erster Stelle dieser Text in gleicher Druckgröße in deutscher Sprache ersichtlich zu machen. Fenster und Türen der Ausstellungshallen dürfen nur mit Bewilligung des Veranstalters verdeckt, abgeschlossen oder geöffnet werden. Gestaltungen, die dem guten Geschmack oder dem vom Veranstalter angestrebten Stil widersprechen, sind auf Anordnung des Veranstalters zu ändern. Im Weigerungsfall steht dem Veranstalter das Recht zu, die Änderungen auf Kosten des Ausstellers durchführen zu lassen. Die Trennwände zwischen den nachbarlichen Ausstellungsplätzen müssen gleich hoch sein. Teppiche, Bodenbeschleunigungen und Bilder sind in allen dem Verkehr dienenden Räumen möglichst unverrückbar zu befestigen.

Die Verwendung von offenem Feuer sowie von gasbetriebenen Geräten, wenn sie nicht fix eingebaut und an behördlich kommissionierte Gasanlagen (feste Anlagen) angeschlossen sind, ist in allen Hallen generell verboten. Die Verwendung von nicht brennbaren Gasen in Druckbehältern ist unter Einhaltung aller gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen gestattet. Druckgasflaschen müssen ständig gegen Umfallen gesichert sein.

Bei allen Standaufbauten muss dafür Sorge getragen werden, dass Licht- und Wasseranschlüsse jederzeit zugänglich sind.

Bei der Aufstellung von festen oder transportablen Besprechungspavillons bzw. Zelten im Freigelände des Veranstalters ist diesem gleichzeitig mit der Platzanmeldung eine Skizze mit den genauen Ausmaßen zu überreichen. Der Veranstalter entscheidet sodann, ob die Aufstellung eines solchen Pavillons bzw. Zeltes möglich ist.

Grab- und Stemmarbeiten sowie bauliche oder sonstige Veränderungen an den messeeigenen Anlagen in Hallen oder im Freigelände sind ausnahmslos an die schriftliche Genehmigung des Veranstalters gebunden. Die Aussteller bzw. Veranstalter haben alle orts-, bau- und feuerpolizeilichen, gewerbebehördlichen und sonstige gesetzliche Bestimmungen zu erfüllen und insbesondere den bei den behördlichen Kommissionierungen getroffenen Verfügungen sofort nachzukommen, widrigenfalls ist der Veranstalter berechtigt, aber nicht verpflichtet, derartige Mängel auf Kosten der Aussteller sofort zu beheben.

Die Einholung aller behördlichen Genehmigungen liegt im Verantwortungsbereich der Aussteller. Der Aussteller bzw. der Veranstalter verpflichtet sich, sämtliche Arbeiten auf der Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsfläche durch befugte Unternehmer durchführen zu lassen, sofern sie der Aussteller nicht selbst durchführt. Die Gestaltung der Ausstellungsfläche muss unbedingt den bau- und

feuerpolizeilichen Bestimmungen entsprechen. Die Firma, welche die Werbegestaltung der Ausstellungsfläche vornimmt, hat dem Aussteller schriftlich zu bescheinigen, dass bei der Werbegestaltung nur Materialien verwendet wurden, die den feuerpolizeilichen Bestimmungen entsprechen. Führt der Aussteller bzw. der Veranstalter die Gestaltung der Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsfläche selbst aus, trägt er selbst die Verantwortung gegenüber Dritten und auch insbesondere den Behörden. Dekorationen und Ausstattungen müssen mindestens schwer brennbar (B1), schwach qualmend (Q1) und nicht tropfend (TR1) ausgestattet sein. Sollten diese Kriterien nicht erfüllt sein, sind die beanstandeten Teile unverzüglich zu entfernen.

Es gilt Rauchverbot in allen Hallen. Der Aussteller hält den Veranstalter hinsichtlich sämtlicher Schäden und Forderungen, die aus der Verletzung des Rauchverbotes durch ihn, seine Mitarbeiter oder von ihm beauftragte Dritte resultieren schad- und klaglos.

6. INSTALLATIONEN / ELEKTROINSTALLATIONEN / AUFSTELLEN VON MASCHINEN/LÄRMSCHUTZ/EDV

Der Aussteller ist verpflichtet, beim Aufstellen und dem Betrieb von Maschinen und Geräten die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie die Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften zu beachten, insbesondere müssen Maschinen mit einem CE-Prüfzeichen versehen sein und der Maschinensicherheitsverordnung idgF entsprechen. Werden Schutzvorrichtungen an Maschinen entfernt, um die Funktion des Gerätes ersichtlich zu machen, so sind Gefahrenstellen durch transparente Sicherungsvorrichtungen mit ausreichender Festigkeit zu sichern. Die erforderlichen Original-Schutzvorrichtungen sind mit auszustellen. Bei lärmerezeugenden Vorführungen über 75 dBA durch den Aussteller ist eine Lärmschutzkabine zwingend vorgeschrieben. Lautsprecher müssen immer zum eigenen Stand gedreht sein. Nachbarstände dürfen durch die Lautstärke nicht gestört werden. Bei Zuwiderhandlung ist der Veranstalter berechtigt, nach Abmahnung ohne irgendwelche Ersatzansprüche des Ausstellers die Vorführungen zu untersagen bzw. erforderlichenfalls den Stand zu schließen. Der Aussteller ist beim Einsatz von EDV auf dem Ausstellungsstand verpflichtet, strahlengeschützte Hardware einzusetzen. Hält sich der Aussteller nicht an diese Auflage und wird der Betrieb seiner Anlage durch elektronische Störfelder beeinträchtigt oder unmöglich, kann er den Veranstalter dafür nicht haftbar machen. Dieser Haftungsausschluss gilt nicht, wenn der Veranstalter grob fahrlässig oder vorsätzlich ihm bekannte elektrische Störfelder bei der Standvergabe nicht beachtet hat. Grundinstallationen an den Versorgungsstraßen für Strom und Wasser dürfen ausschließlich von Vertragspartnern des Veranstalters durchgeführt werden. Strom-, Wasser-, und sonstige technische Anschlüsse sind über AMB Ausstellungsservice u. Messebau GmbH, Messeplatz 1, gegen Entrichtung von Anschluss- und Nutzungsgebühren möglich. Sämtliche elektrische Geräte, Anlagen und Installationen müssen den Vorschriften des ÖVE und den ortsüblichen und veranstaltungsrechtlichen Vorschriften und Auflagen entsprechen. Elektrische Installationen dürfen nur von konzessionierten Firmen ausgeführt werden. Der Anschluss und die Überprüfung erfolgen ausschließlich durch den konzessionierten Messeelektriker. Die technischen Richtlinien für Aussteller und Standbauer sind integrierter Bestandteil dieser Vereinbarung.

Befinden sich im Bereich des Ausstellers bzw. seines Messestandes Elektroverteiler, Wandhydranten oder Druckknopfmelder der Brandmeldeanlage, so dürfen diese keinesfalls verbaut werden und muss die ständige volle Zugänglichkeit gegeben sein. Auf Standaufbauten, welche die Sicht auf den Hydranten verstellen, muss das Hinweispiktogramm „Wandhydrant“ aufgeklebt werden.

7. AUF-/ ABBAU

Die in der vom Veranstalter zur Verfügung gestellten Servicemappe bekanntgegebenen Auf- und Abbauezeiten sind genauestens einzuhalten. Überschreitungen dieser fixen Zeiten werden gesondert in Rechnung gestellt.

Der Beginn des Aufbaues der Standeinrichtung muss, wenn in der Servicemappe kein anderer Zeitpunkt angegeben ist, spätestens einen Tag vor Messebeginn

12.00 Uhr mittags erfolgen. Ist die gemietete Fläche bis zu diesem Zeitpunkt nicht belegt oder erfolgt keine Benachrichtigung, so behält sich der Veranstalter das Recht vor, ab diesem Zeitpunkt, ohne weitere Verständigung über die Fläche anderweitig zu verfügen, wobei jedoch die gesamte Standmiete zuzüglich Anmeldepauschale zu bezahlen ist. Die Aufbauarbeiten müssen entsprechend den Angaben des Veranstalters für Auf- und Abbauezeiten beendet sein. Die Gestaltung des gemieteten Ausstellungsplatzes und die Aufstellung der entsprechenden Exponate muss am Tage vor Messebeginn bis 18.00 Uhr vollendet sein, es sei denn, die messe-spezifische Servicemappe sieht einen anderen Zeitpunkt dafür vor. Nach dem Abbau ist der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen. Der Aussteller verpflichtet sich, den Ausstellungsplatz im gleichen Zustand zu verlassen, indem er ihn übernommen hat. Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung verursacht werden, hat der Aussteller dem Veranstalter zu ersetzen. Bei Überschreitung der Abbauezeit ist der Veranstalter berechtigt, die Räumung der Standaufbauten und deren Lagerung auf Kosten und Gefahr des Ausstellers durchführen zu lassen. Der Ab- und Zutransport von Exponaten ist während der Ausstellungs-dauer nicht gestattet. Während der Dauer der Messe muss sich auf

dem Ausstellungsplatz eine Fachkraft befinden, die in der Lage ist, ausreichend einschlägige Auskünfte zu geben. Der Veranstalter ist berechtigt, Stand- und Werbegestalter ohne Angabe von Gründen nicht zuzulassen. Das der Messe zur Verfügung stehende Gelände, die Hallen und Objekte sind, wenn nicht in der Information für Aussteller anders angegeben, zwecks Räumung der Ausstellungsplätze und Pavillons entsprechend den Abbauezeiten geöffnet und bewacht. Der Veranstalter ist berechtigt aus organisatorischen Gründen die Abbaufrist ohne Angabe von Gründen zu verkürzen.

8. REINIGUNG

Die Aussteller sind verpflichtet, die Ausstellungsplätze, ihre Einrichtungen und Exponate sauber zu halten bzw. zu reinigen. Die Reinigung ist nach Messeschluss durchzuführen. Sie untersteht den Anordnungen des Messewachdienstes. Bei Vernachlässigung der Verpflichtung zur Reinhaltung kann der Veranstalter die Reinigungsarbeiten auf Kosten der säumigen Aussteller vornehmen lassen. Die Standreinigung kann bei der AMB Ausstellungsservice und Messebau GmbH in Auftrag gegeben werden. Die Aussteller sind verpflichtet, ihren Müll während der Veranstaltung, dies gilt auch für die Zeiten des Auf- und Abbaus, selbst zu entsorgen. Für Mülltrennung ist Sorge zu tragen.

9. BEWACHUNG

Die der Messe zur Verfügung festgelegten Ausstellungshallen und das Freigelände sind frühestens ab Beginn der festgelegten Aufbauzeit bewacht. Die Bewachung endet mit der festgelegten Abbauezeit. Privatwachen und ein privater Reinigungsdienst können nur im Einvernehmen mit dem Messewachdienst bestellt werden.

10. AUSSTELLUNGSWAREN

Auf der Messe Graz dürfen, mit Ausnahme von Antiquitäten und Kunstgegenständen, nur neue Waren ausgestellt werden, und zwar nur die angemeldeten und vom Veranstalter zur Ausstellung zugelassenen Waren. Mit der Einbringung der Standeinrichtung und der Ausstellungsgüter hat der Veranstalter an diesen Gegenständen ein Pfandrecht, zur Befriedigung welcher Forderungen aus diesem Vertrag auch immer, erworben. Den Veranstalter treffen jedoch keine wie immer gearteten Verpflichtungen zur Verwahrung der Güter; der Veranstalter haftet nicht für Schäden an Personen oder Sachen, die im Zuge des Auf- und Abbaus, des Abtransportes und der Lagerung der Güter auftreten. Erhält ein Aussteller die Genehmigung des Veranstalters, die Aufbauten auf dem Ausstellungsplatz bis zur nächsten Messe zu belassen, so übernimmt der Veranstalter für etwaige Beschädigungen, Entwendungen, usw. keine Haftung. Sollte sich trotz dieser Genehmigung die Notwendigkeit einer Räumung des Ausstellungsplatzes ergeben, hat diese – außer bei Gefahr in Verzug – 14 Tage nach Verständigung beendet zu sein, widrigenfalls verfallen die Aufbauten bzw. werden diese auf Kosten des Ausstellers abgebaut. Bei Gefahr in Verzug können Aufbauten auch ohne Verständigung sofort auf Kosten des Ausstellers abgebaut werden. Die Preisauszeichnung unterliegt den einschlägigen Bestimmungen.

11. VERKAUFSREGELUNG

Dem Aussteller ist es gestattet unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen Waren direkt zu verkaufen und die Waren dem Käufer sofort auszufohlen. Die Aussteller haben die Regeln eines lautereren Wettbewerbes einzuhalten, insbesondere Hausieren, marktschreierisches Anbieten, Offertangebote von Nichtausstellern sind strengstens verboten. Die Waren dürfen nur innerhalb des zugewiesenen Ausstellungsplatzes angeboten werden. Bei Zuwiderhandeln ist der Veranstalter berechtigt, den Stand nach vorausgehender kurzfristiger Aufforderung zu schließen. Feuergefährliche, übelriechende oder die Umgebung belästigende Exponate sind von der Ausstellung ausgeschlossen. Werden vom Aussteller alkoholische Getränke ausgeschenkt oder verkauft, ist der Aussteller verpflichtet zumindest zwei Sorten kalter nichtalkoholischer Getränke zu einem nicht höheren Preis auszuschenken als das am billigsten angebotene kalte alkoholische Getränk und diese besonders zu kennzeichnen.

12. AUSSTELLERAUSSWEISE

Jeder Aussteller erhält je nach bezahlter Ausstellungsfläche Ausstellerausweise kostenlos. Die Bedingungen für weitere Ausweise sind in den Serviceunterlagen angeführt. Für Angestellte – und zwar nur für die tatsächlich am Stand beschäftigten – stehen kostenpflichtige Ausstellerausweise zur Verfügung. Die Preise sind in den Serviceunterlagen der jeweiligen Messe hinterlegt. Kostenlose sowie kostenpflichtige Ausstellerausweise werden zusammen mit der Teilnehmungsgebühr in Rechnung gestellt und mit der Rechnung verschickt. Weitere Ausstellerausweise sind mit schriftlicher Bestellung und gegen gesondertes Entgelt erhältlich. Sowohl kostenlose Ausstellerausweise als auch kostenpflichtige Ausstellerausweise sind nur dann gültig, wenn diese mit dem Firmenstempel des Ausstellers und dem Namen des Kartenbenutzers versehen sind. Diese -Ausweise sind nicht übertragbar, bei Missbrauch erfolgt der Entzug. Für die Auf- und Abbauarbeiten vor und nach der Messe werden den Ausstellern für ihre eigenen bzw. von ihnen hierfür beauftragte Mitarbeiter kostenlose Auf- und Abbausweise zur Verfügung gestellt. Für die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten auf Messen

wird auf die entsprechenden Bestimmungen des Arbeitsrechtes, des Arbeitsruhegesetzes, Sonn- und Feiertagsruhegesetzes und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen.

13. VORFÜHRUNGEN

Vorführungen von Maschinen und Geräten aller Art sind in der Anmeldung anzugeben. Der Veranstalter kann Vorführungen an gewissen Tageszeiten festsetzen. Offenes Feuer, die Verwendung von feuergefährlichen, leicht brennbaren oder explosiven Materialien ist in allen Hallen und im Freigelände ausnahmslos verboten. In den Hallen sind außerdem Vorführungen mit Gas jeder Art, Öl, Benzin, Petroleum sowie allen anderen Brennstoffen grundsätzlich verboten. Derartige Vorführungen im Freigelände sind gestattet, wenn die Geräte den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und die Anlage von der Bau- und Anlagenbehörde kommissioniert und genehmigt wurde.

14. MUSIKVORFÜHRUNGEN

Es wird seitens des Veranstalters darauf aufmerksam gemacht, dass der Einsatz von Musik am Messestand (Radio/TV, Tonträger, Live-Musik, usw.) bei der AKM anzumelden ist. Genaue Informationen erhalten die Aussteller bei der AKM-Graz (Staatlich genehmigte Gesellschaft der Autoren, Komponisten und Musikverleger). Auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Lautstärke ist zu achten.

15. VERSICHERUNG

Die Versicherung der Aufbauten, Ausstattungsgegenstände, Ausstellungswaren u. dgl. gegen Feuer-, Diebstahl-, Einbruch- und Haftpflichtschäden obliegt dem Aussteller. Eine solche Versicherung wird dringend empfohlen. Diese kann mit Hilfe der Serviceunterlagen bei der Partnerfirma des Veranstalters bestellt werden. Aussteller, deren Standaufbauten in der messefreien Zeit stehen bleiben, wird der Abschluss einer Versicherung gegen Feuer-, Diebstahl-, Einbruch- und Haftpflichtschäden für die messefreie Zeit dringend empfohlen.

16. HAFTUNG

Der Aussteller haftet für jeden Schaden, den er oder seine Beauftragten, Angestellten oder von ihm beauftragten Firmen an Personen und Sachwerten des Veranstalters oder anderen verursachen. Dies gilt insbesondere für Schäden, die durch Missachtung der einschlägigen orts-, bau- und feuerpolizeilichen, gewerbebehördlichen, veranstaltungs-rechtlichen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, die Aussteller betreffen, entstehen. Der Aussteller haftet insbesondere auch für alle Schäden, die durch die unberechtigte Entnahme von Strom, Gas und Wasser und unberechtigte Einleitung von Abwasser sowie sonstige Kontaminationen – insbesondere nach den einschlägigen Bestimmungen des WRG und Abfallwirtschaftsgesetz – entstehen. Der Aussteller haftet weiters für Unfälle, die durch sein eigenes, seiner Bevollmächtigten oder seiner Angestellten Verschulden entstehen, zur Gänze. Zur Deckung dieser Schäden ist der Veranstalter berechtigt, gegebenenfalls die Ausstellungsgüter zurückzubehalten. Der Veranstalter ist vom Aussteller in jedem Fall schad- und klaglos zu halten.

17. HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Der Veranstalter übernimmt keinerlei Verantwortung und Haftung für Veränderungen, Beschädigungen, Diebstahl, Abhandenkommen und Entwendungen von Ausstellungsgegenständen, Aufbauten und Ausstattungsstücken sowie für sonstige Schadensfälle. Für Schäden, die Personen und Sachen während des Aufenthaltes bzw. während der Unterbringung im Messegelände erleiden, übernimmt der Veranstalter keine Haftung. Dies gilt auch für die Zeit zwischen den einzelnen Messen. Desgleichen haftet der Veranstalter nicht für Ereignisse, welche durch höhere Gewalt, politische Geschehnisse oder behördliche Verfügungen verursacht werden. Für den Fall, als durch solche Ereignisse eine Unterbrechung oder eine vorzeitige Schließung der Messe verursacht wird, besteht kein Anspruch auf Rückzahlung oder Erlass der Beteiligungsgebühr. Der Veranstalter ist nicht zum Abschluss von Versicherungen verpflichtet. In der Auf- bzw. Abbauezeit hat jeder Aussteller eine erhöhte Sorgfaltspflicht für die Sicherheit seiner Güter. Wertvolle und leicht bewegliche Ausstellungsgegenstände sind außerhalb der Messeöffnungszeiten (insbesondere nachts) vom Messestand zu entfernen und vom Aussteller selbst auf eigenes Risiko zu verwahren. Der Veranstalter haftet nicht für Vermögens-, Gesundheits- oder sonstige Schäden welcher Art auch immer, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung oder Abwicklung einer Ausstellung dem Aussteller selbst, dessen Bediensteten oder dritten Personen aus welchem Grund auch immer entstehen. Der Veranstalter haftet nicht für entgangenen Gewinn. Dieser Haftungsausschluss gilt auch, wenn Schäden durch Mängel an Gebäuden oder Einrichtungen des Veranstalters verursacht werden. Der Veranstalter haftet überhaupt nur dann, wenn Schäden durch ihn oder seine Leute vorsätzlich herbeigeführt wurden. Es obliegt dem Geschädigten, den Vorsatz zu beweisen. Aus dem Handeln oder Unterlassen anderer Aussteller, deren Arbeitnehmer, Erfüllungsgehilfen oder Vertragspartnern etc. kann der Aussteller keinen wie immer gearteten Anspruch gegen den Veranstalter ableiten. Der Aussteller hat allfällige Mängel bei sonstigem Verzicht unverzüglich schriftlich zu rügen und dem Veranstalter die Möglichkeit zur Mängelbehebung

zu geben. Etwaige Ansprüche des Ausstellers sind sofort schriftlich dem Veranstalter zu melden, widrigenfalls gelten sie als verwirkt. Der Veranstalter nimmt für den Aussteller bestimmte Sendungen nicht in Empfang und haftet nicht für eventuelle Verluste, für unrichtige oder verspätete Zustellung. Der Messespediteur lagert auf Kosten und Risiko des Ausstellers Ausstellungs- und Verpackungsgut ein. Das Übermachten in den Hallen und im Freigelände ist verboten.

18. KOMMISSIONIERUNGEN

Vor Eröffnung der Messe werden sämtliche Ausstellungs- und Veranstaltungsplätze nach orts-, bau-, feuerpolizeilichen, gewerberechtlchen, arbeitsrechtlchen, wenn notwendig veranstaltungsrechtlchen und sonstigen gesetzlchen Bestimmungen überprüf. Die Bestimmungen der Messe- und Betriebsordnung werden vom Aussteller bzw. Veranstalter anerkannt, und es wird weiters zur Kenntnis genommen, dass mit Rücksicht auf alle behördlichen Bestimmungen und Vorschriften eine behördliche Kommissionierung der Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsflächen durchgeführt werden kann. Aufbauten oder Teile hiervon, die nicht den bau- und feuerpolizeilichen Bestimmungen entsprechen oder sonstige Mängel aufweisen, müssen sofort abgetragen werden. Stellt die Kommission fest, dass Licht- und elektrische Betriebsanlagen (Scheinwerfer, Lampen, Leitungen, Elektromotoren, etc.) den bau- und feuerpolizeilichen und sonstigen gesetzlchen Bestimmungen widersprechen, so muss die Stromzufuhr gesperrt werden. Für die im Besitz des Veranstalters befindlichen Gebäude, Flächen und Betriebseinrichtungen auf dem Gelände des Veranstalters sucht der Veranstalter im eigenen Namen um die notwendigen behördlichen Genehmigungen an.

19. AUSSTELLERVERZEICHNIS

Je nach Art der Messe wird entweder ein alphabetisches Ausstellerverzeichnis oder ein Ausstellerverzeichnis mit alphabetischer und branchenspezifischer Gliederung erstellt. Ist eine Branchengliederung vorgesehen, ist der Messeausschreibung oder den Serviceunterlagen ein Branchenverzeichnis beigelegt, bei dem die Branchenzugehörigkeit angekreuzt werden kann. Wird dies vom Aussteller unterlassen, erfolgt die Brancheneinteilung für das Verzeichnis entweder durch den Veranstalter oder unterbleibt gänzlich. Die Grundeinschaltung wird kostenlos vorgenommen, für Zusatzschaltungen erfolgt eine gesonderte Berechnung. Nähere Daten entnehmen Sie bitte dem Anmeldeformular. Für Satz- und Druckfehler, die durch unleserlich geschriebene Anmeldeformulare und Textangaben entstehen, trägt der Veranstalter keinerlei Verantwortung. Die Vorlage von Bürstenabzügen ist nicht möglich. Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für die Textierung und die Einreihung in eine bestimmte Rubrik, sie erfolgt auf Grund der Angaben des Ausstellers. Wenn durch den Auftraggeber (Aussteller) die zeitgerechte Übersendung des Anmeldeformulars, aus welchen Gründen auch immer, unterlassen wurde, erfolgt keine Einschaltung im alphabetischen Ausstellerverzeichnis und im Branchenverzeichnis. Bei Stornierung der Platzanmeldung nach der offiziellen Platzzuweisung bleibt die Einschaltung wegen drucktechnischer Notwendigkeit aufrecht. Termin für die Einsendung des unterschriebenen Anmeldeformulars ist der jeweilige Anmeldeschluss. Jedem Aussteller wird vom Veranstalter ein Ausstellerverzeichnis gratis ausgefolgt. Wurde ein Aussteller aus Verschulden des Veranstalters nicht im Ausstellerverzeichnis aufgenommen, erhält er die Anmeldegebühr refundiert, weitergehende Ansprüche, aus welchem Titel auch immer, sind ausgeschlossen. Mit der Anmeldung zur Teilnahme an der Messeveranstaltung erteilt der Aussteller auch das Einverständnis zur Veröffentlichung der notwendigen Daten (Firmenadresse, Produkte, eventuelle Vertretungen) im Ausstellerverzeichnis, in Ausstellerlisten und ist auch einverstanden, dass Produktinformationen weitergegeben werden, außer es erfolgt seitens des Ausstellers eine ausdrückliche schriftliche Verständigung an die Messeleitung (Marketing & Werbung), eine solche Veröffentlichung nicht durchzuführen.

20. WERBUNG

Die verschiedenen Werbemöglichkeiten und Arten der Verteilung von Werbematerialien (wie z.B. Flyer, Broschüren, Luftballons und dgl.) sind in der Servicemappe enthalten und gegen Entgelt zu bestellen. Das Anbringen von Lautsprechern, akustische Werbung ist untersagt. Rundfunk-, Fernseh-, Tonband- und Videogeräte sowie Plattenspieler CD-/DVD-Player dürfen nur als Ausstellungsware auf den hierfür bestimmten Ausstellungsplätzen aufgestellt und für Vorführzwecke in Betrieb genommen werden. Einrichtungen und Darbietungen aller Art, welche Nachbarn oder Besucher (= Teilnehmer iSd Stmk. Veranstaltungsgesetzes) offensichtlich stören, insbesondere Inanspruchnahme des Raumes vor dem Stand, (z.B. Werbemittelverteilung, Muster etc.) sind nicht gestattet.

21. EINFAHRTSGENEHMIGUNG

Die Zulieferung von Lebensmitteln, Getränken und anderen Waren für Aussteller und Lieferanten ist bis zu 2 Stunden vor den offiziellen Öffnungszeiten einer Messe und bis zu 2 Stunden nach offiziellem Messeende möglich. Nach 20.00 Uhr ist jede Zufahrt gesperrt. Für Lieferanten, die während der Messezeit Lebensmittel und Getränke an verschiedene Versorgungsbetriebe zu liefern haben, ist eine Lieferplakette erforderlich, die in der Technikabteilung erhältlich ist. Diese Plakette ist an der Windschutzscheibe deutlich anzubringen. Mit dieser Lieferplakette

erhalten Lieferanten bei der Einfahrt ins Messegelände eine Lieferantenzeitkarte, für die eine Kauton von EUR 50,00 (eine Stunde Aufenthalt PKW, 2 Stunden Aufenthalt LKW) hinterlegt werden muss. Sollte diese Zeit überschritten werden, gilt dieser Betrag als vereinnahmt. Für alle anderen Fahrzeuge, die während der Messe zum Zweck der Nachlieferung, des Austausches oder der Servicetätigkeit das Gelände befahren müssen, wird bei der Einfahrt eine Zeitkarte gegen eine Kauton von EUR 50,00 ausgefolgt; sollte die vorgesehene Zeit überschritten werden, gilt dieser Betrag als vereinnahmt. Am letzten Veranstaltungstag wird eine Kauton von EUR 150,00 eingehoben. Bei Überschreitung der Verweildauer wird dieser Betrag als Parkgebühr einbehalten. Am letzten Veranstaltungstag ist ab 15.00 Uhr die Einfahrt nicht mehr möglich.

22. VERKEHRBESTIMMUNGEN

Um zu gewährleisten, dass Lastfahrzeuge an die Ausstellungsplätze in den Hallen oder im Freigelände herankommen können, muss eine Verparkung der Verkehrswege auf dem Messegelände durch PKW verhindert werden. 2 Tage vor Messebeginn ist vom Aussteller eine Kauton für die Einfahrt in das Messegelände zu bezahlen. Es ist vorgesehen, dass PKW für eine Kauton von EUR 50,00 eine Stunde im Messegelände verbleiben dürfen. LKW dürfen für dieselbe Kauton 3 Stunden im Messegelände verbleiben. Sollte diese Zeit überschritten werden, gelten die Kautonen als Parkgebühren für vereinnahmt. Am letzten Messetag bleibt das Gelände für sämtliche Fahrzeuge einschließlich Lieferanten bis eine Stunde nach dem jeweiligen Veranstaltungsende gesperrt. Der Einlass der zum Abtransport benötigten Fahrzeuge beginnt am letzten Messetag ausnahmslos eine Stunde nach Veranstaltungsende.

23. GARAGENORDNUNG – TIEFGARAGE HALLE A

- Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung sind auch im Verkehr innerhalb der Garage genau zu befolgen. Dabei sind Lichtsignale, Verkehrszeichen, Hinweistafeln und Bodenmarkierungen, insbesondere beim Abstellen der Kraftfahrzeuge zu beachten. In der Garage darf nur im Schrittempo mit erhöhter Aufmerksamkeit gefahren werden.
- Werden Fahrzeuge so geparkt, dass angrenzende Parkflächen nicht entsprechend den Markierungen benützt werden können, ist für sämtliche in Anspruch genommene Parkplätze das Entgelt zu entrichten.
- Verbindungs- und Fußgängerwege, Fahrstreifen, sowie Ausgänge und Fluchtwege dürfen nicht durch Fahrzeuge oder auf andere Weise verstellt werden.
- Die Einfahrt mit einem Kraftfahrzeug, dessen PKW-Gaspedal bzw. Einspritzaggregat, Treibstoffleitung oder Treibstoffbehälter undicht ist oder dessen Motor mit Flüssiggas betrieben wird, ist unzulässig. Parken mit Kraftfahrzeugen ohne polizeiliches Kennzeichen ist vorher der Betriebsleitung anzuzeigen.
- Den Anordnungen des Garagenpersonals ist im Interesse eines reibungslosen Betriebes Folge zu leisten. Der Zutritt alkoholisierter Personen kann untersagt werden.
- Der Kunde verpflichtet sich, das abgestellte Fahrzeug gegen Wegrollen zu sichern und abzusperrern. Gegenstände, die üblicherweise nicht in Kraftfahrzeugen aufbewahrt werden, wie z.B. Dokumente, Wertpapiere, Schmuck, Schlüssel, Geld und sonstige Wertgegenstände, dürfen nicht im Fahrzeug zurückgelassen werden. Die Unterbringung dieser Sachen erfolgt auf eigene Gefahr. Wird vom Garagenpersonal verlangt, dass das Fahrzeug unversperrt geparkt wird, sind sämtliche beweglichen Gegenstände aus dem Fahrgastraum zu entfernen und sind im Kofferraum zu deponieren. Dieser ist sodann zu verschließen.
- Der Gebrauch von offenem Licht und Feuer, das Rauchen, sowie alle anderen feuergefährlichen Handlungen sind in der Garage und den brandgefährdeten Nebenräumen polizeilich strengstens verboten.
- Vorsicht beim Laufenlassen der Motoren, Vergiftungsgefahr. Das geräuschvolle oder nicht notwendige Laufenlassen der Motoren (auch im Leerlauf) ist zu vermeiden.
- Der durch Lautsprecher oder aufleuchtende Warntafeln verlaublichten Aufforderung „Zufahrt bzw. Zutritt verboten“ oder „Motor abstellen, Garage verlassen“, ist unbedingt Folge zu leisten.
- Brennbare oder explosive Stoffe, wie Treibstoffe, Flüssiggasflaschen, dürfen weder in den abgestellten Fahrzeugen, noch sonst in den Garagenräumen aufbewahrt werden. Im Fahrzeug darf jedoch ein leerer oder gefüllter, explosions-sicherer, dicht verschlossener Reservetreibstoffbehälter bis max. 10 l Fassungsvermögen untergebracht werden.
- Es ist unzulässig, in die Entwässerungsanlage Benzin, Dieselöl, Schmieröl oder sonstige Wasser gefährdende Stoffe einzuleiten.
- Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten an geparkten Fahrzeugen und das Nachfüllen von Treibstoff aus mitgebrachten Kanistern sind verboten.
- Die Abgabe akustischer Warnzeichen vor der Garageneinfahrt und in den Betriebsräumlichkeiten ist bloß im Notfall erlaubt.
- Im Falle eines Brandes sind sofort eigene Löschrversuche mit geeigneten Feuerlöschgeräten der Brandklasse II (keine Halogen- oder Nasslöcher verwenden) zu unternehmen und sowohl die Feuerwehr (Notruf 122) als auch

die Betriebsleitung zu informieren. Personen, die nicht mit der Brandbekämpfung befasst sind, haben die Garage auf schnellstem Wege zu Fuß zu verlassen. Aufzüge dürfen dabei nicht benützt werden.

- o. Wir ersuchen, jede vermeidbare Verunreinigung der Garagenräume zu unterlassen. Gegenstände dürfen nicht außerhalb des Fahrzeuges deponiert werden. Abfälle sind selbst zu beseitigen.
- p. Ein nicht unbedingt erforderlicher Aufenthalt in der Garage, wie z.B. ein Ausruhen in dem Fahrzeug, ist nicht gestattet.
- q. Hat der Kunde Einrichtungen der Garage oder fremde Fahrzeuge beschädigt, ist dies sofort der Betriebsleitung zu melden, ebenso festgestellte Schäden am eigenen Fahrzeug.
- r. Anlässlich der Ausfahrt aus der Garage bzw. vor der Abholung des Fahrzeuges ist an der Kasse (Kassenautomat) die Parkgebühr gegen Ausfolgung des Ausfahrtscheines zu entrichten. Dieser berechtigt nur innerhalb einer begrenzten Zeitspanne (10 Minuten) zur Ausfahrt. Wurde der Parkschein verloren, ist die Berechtigung zu Abholung des Fahrzeuges nachzuweisen und wird der Ermittlung der Gebühr eine Einstelldauer von 3 Tagen zugrunde gelegt. Werden fällige Entgelte nicht bezahlt, kann die Betriebsleitung auf Grund eines gesetzlichen Zurückbehaltungsrechtes die Ausfahrt verweigern und verhindern.
- s. Fahrzeuge, die in die Garage bzw. in das Parkhaus eingebracht werden, müssen verkehrs- und betriebssicher und zum Verkehr zugelassen sein. Jede Entfernung von Kennzeichentafeln, z.B. zum Zwecke der Ummeldung, ist unbedingt vorher der Betriebsleitung zu melden. Ein geringwertiges Fahrzeug ohne Kennzeichentafeln geht, sofern wegen des Erhaltungszustandes oder des Umfanges an Beschädigungen mit Grund angenommen werden kann, dass sich der Eigentümer dessen entledigen wollte, nach Verständigung der zuständigen Polizeiinspektion in den Besitz der Garage bzw. des Parkhausunternehmens über, das berechtigt ist (§ 329 ABGB), alle sich aus dem redlichen Besitz ergebenden Rechte und Befugnisse, insbesondere zur Entfernung und Verwertung des Fahrzeuges, auszuüben. Ansprüche allfälliger Vorbesitzer beschränken sich auf den Verwertungserlös (gem. § 471 ABGB nach Abzug aller Kosten), der innerhalb von 2 Monaten dem nachweisbar Berechtigten ausgefolgt wird.
- t. Wird die Einstellung des Fahrzeuges über mehr als einen Tag beabsichtigt, wird empfohlen, mit der Betriebsleitung eine Vereinbarung über die Anwendung des entsprechenden Tarifes zu treffen.
- u. Der Garagen- bzw. Parkhausunternehmer haftet nur dann für die Beschädigung, Zerstörung oder den Diebstahl des Fahrzeuges, sowie für die Beschädigung und Verlust von Ausrüstungsgegenständen oder des Fahrzeuginhaltes wenn der Schaden von ihm selbst oder seinen Gehilfen verschuldet wurde. Für Schäden durch Dritte wird nicht gehaftet. Keine Haftung für den Verlust von wertvollen Gegenständen, Kostbarkeiten, Geld und Wertpapieren, ebenso wenig für Schäden, die durch höhere Gewalt (Brandschäden) verursacht werden.
- v. Bietet das Garagen- bzw. Parkhausunternehmen den Abschluss einer Versicherung des Fahrzeuges für fremde Rechnung an, so hat der Kunde seine Rechte als Versicherter direkt bei der Versicherungsanstalt gemäß den Bestimmungen des Versicherungsvertragsgesetzes 1958 über die Schadensversicherung geltend zu machen. Die Betriebsleitung wird dem Kunden die erforderlichen Hinweise und Unterlagen zur Verfügung stellen.

24. GEWERBERECHT

Der Aussteller erklärt, dass die Anmietung des Ausstellungsplatzes im Rahmen seines Gewerbebetriebes (Unternehmens) erfolgt und somit ein Unternehmensgeschäft darstellt.

25. ANSPRÜCHE

Etwaige Forderungen des Ausstellers gegen den Veranstalter sind unverzüglich, spätestens jedoch 3 Tage nach Messeschluss bei der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. schriftlich anzumelden. Später erhobene Forderungen gelten als verwirkt.

26. ORDNUNGSMASSNAHMEN

Innerhalb des gesamten dem Veranstalter zur Verfügung stehenden Geländes besitzt der Veranstalter das Hausrecht. Den Anordnungen des Veranstalters, dessen Bevollmächtigten sowie der Polizei etc. ist von den Besuchern (= Teilnehmern) sowie den Ausstellern oder deren Bevollmächtigten und Angestellten Folge zu leisten. Den Bevollmächtigten des Veranstalters ist der freie Zutritt zu den Ausstellungsplätzen während der Dauer der Messe von den Ausstellern jederzeit zu gestatten.

27. BILDVERARBEITUNG

Das Fotografieren, Filmen oder Zeichnen in den Hallen oder am Messegelände ist Personen, außer dem Veranstalter oder von diesem beauftragten Dritten, untersagt. Ebenso ist dem Aussteller der Einsatz von Drohnen und ähnlichen Flugobjekten, zu welchem Zweck auch immer, ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Veranstalters untersagt.

Der Aussteller erteilt seine ausdrückliche Zustimmung und beauftragt den Veranstalter als Auftragsverarbeiter im Sinne des Art 28 DSGVO, dass Aufnahmen vom Veranstalter verarbeitet (erstellt, gespeichert, organisiert, geordnet, bearbeitet, ausgelesen, abgefragt, veröffentlicht, vervielfältigt und verbreitet) werden dürfen.

Die diesbezügliche Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung, die einen integrierenden Vertragsbestandteil des Ausstellervertrags bildet, ist im Anhang (und unter www.mcg.at/avv_aussteller) verfügbar.

Der Aussteller verzichtet diesbezüglich auf alle Einwendungen bezüglich gewerblicher Schutzrechte, insbesondere auf Urheberrechte, Rechte aus dem Bildrecht oder auf Rechte in Bezug auf den unlauteren Wettbewerb soweit es sich nicht um unverzichtbare (Persönlichkeits-)Rechte handelt. Der Aussteller wird den Veranstalter diesbezüglich jedenfalls schad- und klaglos halten.

Sollte der Aussteller nicht wünschen, dass derartige Aufnahmen seiner Person veröffentlicht werden, hat er die Veröffentlichung ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Veranstalter zu untersagen.

28. DAS MITNEHMEN VON TIEREN

Das Mitnehmen von Tieren auf das der Messe zur Verfügung stehende Gelände, in die Hallen und Objekte ist für Aussteller und Besucher (= Teilnehmer) verboten. Dieser Bescheid ist vom Magistrat Graz, Baurechtsamt mit der GZA 17-K-25.267/4-1984 auf der Basis des Stmk. Veranstaltungsgesetzes erstellt worden. Eventuell bestehende Ausnahmen sind dem Bescheid zu entnehmen.

29. NICHTRAUCHERSCHUTZ IN RÄUMEN ÖFFENTLICHER ORTE

Seit 1. Jänner 2009 gilt laut Tabakgesetz § 12 und § 13 ein generelles Rauchverbot in Räumen der Gastronomie und in Räumen, die öffentliche Orte sind. Dies gilt hiermit auch für sämtliche Ausstellungsräume und zwar auch während der Auf- und Abbaueiten. Dementsprechend gibt es ein strenges Rauchverbot und das Rauchen ist ausschließlich in den eigens gekennzeichneten Raucherzonen gestattet.

30. DATENSCHUTZ

Die Datenschutzerklärung des Veranstalters ist unter www.mcg.at/datenschutz abrufbar.

Der Veranstalter weist ausdrücklich darauf hin, dass er zum Zwecke der Direktwerbung für eigene ähnliche Produkte oder Dienstleistungen elektronische Post an die vom Aussteller angegebene E-Mail Adresse versendet. Die Zusendung erfolgt aufgrund des berechtigten Interesses des Veranstalters an einer umfassenden Information seiner bestehenden und ehemaligen Kunden. Soweit der Aussteller eine elektronische Informationszusendung zu Werbezwecken nicht wünscht, so hat er jederzeit die Möglichkeit, die Versendung elektronischer Post zu Werbezwecken abzulehnen. Diese Ablehnung kann bereits im Zuge der Datenerhebung erfolgen. Außerdem ist eine Ablehnung jederzeit kostenfrei unter messe@mcg.at möglich.

31. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN, GERICHTSSTAND UND ERFÜLLUNGSORT

Erfüllungsort für alle gegenseitigen Verpflichtungen ist Graz. Es kommt ausschließlich österreichisches Recht zur Anwendung. Für etwaige Streitigkeiten gilt gemäß § 104 JN die Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichtes in Graz als vereinbart.

32. ALLGEMEINES

Die Ungültigkeit einzelner Messebedingungen berührt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Der Vertrag wird deshalb nicht aufgelöst.

33. SCHRIFTLICHKEIT, GEWOHNHEITSRECHT

Abänderungen, Ergänzungen und Zusätze bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für das Abgehen von der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind unwirksam. Aus vorausgehenden Veranstaltungen bzw. Verträgen kann der Aussteller Rechte welcher Art auch immer nicht ableiten.

34. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Im Falle der Nichteinhaltung einer dieser Bestimmungen behält sich der Veranstalter das Recht vor, den Ausstellungsplatz sofort zu sperren und den Aussteller von einer künftigen Teilnahme an den Messen – vorbehaltlich der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen – auszuschließen. Bei Anordnung der Sperrung des Ausstellungsplatzes durch den Veranstalter hat der Aussteller den Ausstellungsplatz auf Aufforderung des Veranstalters unverzüglich zu räumen. Bei Nichtbefolgung der Aufforderung ist der Veranstalter berechtigt, den Stand auf Kosten und Gefahr des Ausstellers zu räumen. Durch einen solchen Vorgang entstehen keinesfalls Verpflichtungen im Sinne eines Verwahrungsvertrages. Das Recht auf Rückzahlung allenfalls auch nur anteiliger Beteiligungsgebühren samt Nebengebühren ist in diesem Fall ausgeschlossen.

Stand: Mai 2022

VEREINBARUNG ÜBER EINE AUFTRAGSVERARBEITUNG NACH ART 28 DSGVO

abgeschlossen zwischen

dem Auftraggeber gemäß Hauptvertrag

nachfolgend auch „**Auftraggeber**“ genannt

und

AUFTRAGNEHMER

Messe Congress Graz Betriebs GmbH

Messeplatz 1

8010 Graz

(**Auftragsverarbeiter oder AV**)

nachfolgend auch „Auftragnehmer“ genannt

Auftraggeber und AV werden nachfolgend auch jeweils einzeln „**die Partei**“ und gemeinsam „**die Parteien**“ genannt

wie folgt:

PRÄAMBEL

Zwischen den Parteien besteht ein Vertrag über Dienstleistungen des Auftragnehmers für den Auftraggeber/Kunden. Im Rahmen dieses Hauptvertrages können, je nach Leistungsumfang, auch personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeitet werden. Der Auftraggeber/Kunde bleibt datenschutzrechtlicher Verantwortlicher, der Auftragnehmer führt die Leistungen als Auftragsverarbeiter in dessen Auftrag durch. Diese Vereinbarung ist integraler Bestandteil des Hauptvertrages und konkretisiert die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien im Zusammenhang mit den Dienstleistungsvereinbarungen des Hauptvertrags. Sie findet Anwendung auf alle Tätigkeiten, die damit in Zusammenhang stehen und bei denen Mitarbeiter des Auftragnehmers oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeiten.

1. GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

1.1. Der Gegenstand dieser Vereinbarung richtet sich nach den Leistungen im Hauptvertrag und kann, ausschließlich sofern die jeweiligen Leistungen im Hauptvertrag beauftragt wurden, die Durchführung folgender Aufgaben beinhalten:

- Erstellung von Messe Eintrittskarten oder Einladungen für den Auftraggeber
- Foto- und/oder Videoaufnahmen für den Auftraggeber im Rahmen von Veranstaltungen
- Live-Streaming und Videokonferenzen für den Auftraggeber im Rahmen der Veranstaltungen
- Livestreaming oder andere Übermittlungen von Daten in Soziale Netzwerke
- Bildschirmübertragung und Informationsanzeigen für den Auftraggeber im Rahmen der Veranstaltungen
- Zurverfügungstellung von technischer Ausstattung für den Auftraggeber im Rahmen der Veranstaltungen
- Administrierung der personenbezogenen Daten, von jenen Personen, die auf Einladung des Auftraggebers die Messe besuchen und jenen Personen, die dem Auftraggeber die Einwilligung zur Kontaktaufnahme zu Werbezwecken erteilen
- Evidenzhaltung der personenbezogenen Daten, von jenen Personen, die auf Einladung des Auftraggebers die Messe besucht haben
- Verarbeitung der Personendaten (inkl Bild- und Tonaufnahmen) jener Personen, die eine Veranstaltung besuchen oder an dieser mitwirken (zB. Vortragende und externe Referenten) zu obigen Zwecken
- Verarbeitung der Personendaten (inkl Bild- und Tonaufnahmen) jener Personen, die als Ansprechpartner oder Kontaktperson an der Veranstaltung mitwirken

1.2. Folgende Kategorien betroffener Personen können der Verarbeitung unterliegen:

- Mitarbeiter oder andere Auftragnehmer des Verantwortlichen
- Personen, die die Veranstaltung besuchen
- Mitwirkende (also Vortragende, Experten, Künstler oder vergleichbare Personen)

1.3. Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden, abhängig von der Aufgabe, verarbeitet:

- Stammdaten (Name und Vorname, Anschrift, Titel)
- Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Berufsbezogene Daten (Funktion, berufliche Erfahrung udgl)
- Videos von identifizierbaren Personen (inkl. Audiodaten und Informationen zum Kontext der Aufnahme)
- Bilde von identifizierbaren Personen (inkl. Informationen zum Kontext des Bildes)
- Veranstaltungsdaten (Ort und Zeit, Veranstaltungstyp)

1.4. Die Verarbeitung ist folgender Art:

- Erhebung und Speicherung o.a. Daten im Rahmen der beauftragten Tätigkeiten
- Erstellung von Listen zur Personifizierung der Messteilnehmer im Rahmen dieses Auftragsverhältnisses
- Nachbearbeitung von Daten (zB Videoschnitt)
- Veröffentlichung der Daten für den Auftraggeber im Rahmen von Veranstaltungen (zB. Informationstafeln und Bildschirme, Orientierungshilfen, Zeitplan)
- Übermittlung der Daten an den Auftraggeber oder an vom Auftraggeber benannte Dritte

1.5. Die Vereinbarung ist für den Leistungszeitraum gemäß Hauptvertrag geschlossen. Die Möglichkeit zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

1.6. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, personenbezogene Daten ausschließlich auf dokumentierte Weisung des Verantwortlichen – auch in Bezug auf die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer oder internationale Organisationen – zu verarbeiten, sofern er nicht hierzu rechtlich verpflichtet ist. In solch einem Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern eine solche Mitteilung nicht rechtlich verboten ist.

1.7. Der Auftragsverarbeiter erklärt rechtsverbindlich, dass er alle mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen vor Aufnahme der Tätigkeit zur Vertraulichkeit verpflichtet hat oder diese einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitsverpflichtung unterliegen. Insbesondere bleibt die Verschwiegenheitsverpflichtung der mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit und Ausscheiden beim Auftragsverarbeiter aufrecht.

1.8. Der Auftragsverarbeiter erklärt rechtsverbindlich, dass er alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung nach Art 32 DSGVO ergriffen hat und stellt auf Anfrage eine geeignete Dokumentation zur Verfügung.

1.9. Der Auftragsverarbeiter unterstützt angesichts der Art der Verarbeitung den Verantwortlichen nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit der Verantwortliche seine Pflicht zur Beantwortung von Anträgen auf Wahrnehmung der in Kapitel III der DSGVO genannten Rechte der betroffenen Person (zB Information, Auskunft, Berichtigung und Löschung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch, sowie automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall) innerhalb der gesetzlichen Fristen jederzeit erfüllen kann und überlässt dem Verantwortlichen alle dafür notwendigen Informationen. Wird ein entsprechender Antrag an den Auftragsverarbeiter gerichtet und lässt dieser erkennen, dass der Antragsteller ihn irrtümlich für den Verantwortlichen der von ihm betriebenen Datenanwendung hält, hat der Auftragsverarbeiter den Antrag unverzüglich an den Verantwortlichen weiterzuleiten und dies dem Antragsteller mitzuteilen.

1.10. Der Auftragsverarbeiter unterstützt unter Berücksichtigung der Art der Vereinbarung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen den Verantwortlichen bei der Einhaltung der in den Art 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten (zB Datensicherheitsmaßnahmen, Meldungen von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde, Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person, Datenschutz-Folgeabschätzung, vorherige Konsultation). Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen

1.11. Der Auftragsverarbeiter hat für die vorliegende Auftragsverarbeitung ein Verarbeitungsverzeichnis nach Art 30 DSGVO zu errichten.

1.12. Dem Verantwortlichen wird hinsichtlich der Verarbeitung der von ihm überlassenen Daten, nach rechtzeitiger Anmeldung in den Betriebsstätten zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs, das Recht der Einsichtnahme und Kontrolle, sei es auch durch ihn beauftragte Dritte, der Datenverarbeitungseinrichtungen sowie der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der technischen und organisatorischen Erfordernisse eingeräumt. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zum Nachweis der Einhaltung der in diesem Vertrag niedergelegten Pflichten zur Verfügung stellt und Überprüfungen – einschließlich Inspektionen – die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, zu ermöglichen und dazu beizutragen. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen.

1.13. Der Auftragsverarbeiter ist nach Beendigung dieser Vereinbarung verpflichtet – sofern nicht eine Einwilligung oder eine rechtliche Verpflichtung zur Speicherung besteht – alle Verarbeitungsergebnisse und Unterlagen, die Daten enthalten, dem Verantwortlichen zu übergeben oder in dessen Auftrag zu löschen.

1.14. Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen unverzüglich Störungen, Verstöße des Auftragsverarbeiters oder der bei ihm beschäftigten Personen sowie gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen sowie den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung des Verantwortlichen durchführen.

1.15. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber Verantwortlicher im Sinne der Datenschutzgrundverordnung ist. Es obliegt dem Auftraggeber die von ihm eingeladenen Messteilnehmer über die Datenverarbeitung zu informieren. Für eine unzureichende Information ist ausschließlich der Auftraggeber verantwortlich. Auf den Text der Messeeinladung wird ausdrücklich hingewiesen und ist dieser Text dem Auftraggeber bekannt.

2. ORT DER DURCHFÜHRUNG DER DATENVERARBEITUNG
Datenverarbeitungstätigkeiten werden ausschließlich in der EU/EWR durchgeführt.

3. SUB-AUFTRAGSVERARBEITER

3.1. Als Unterauftragsverhältnisse im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die sich unmittelbar auf die Erbringung der Hauptleistung beziehen. Nicht hierzu gehören Funktionsübertragungen (wie zB Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte sowie Gutachter und Sachverständige) und Nebenleistungen, die der Auftragnehmer z.B. als Telekommunikationsleistungen, Post-/Transportdienstleistungen, Wartung und Benutzerservice oder die Entsorgung von Datenträgern sowie sonstige Maßnahmen zur Sicherstellung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Belastbarkeit der Hard- und Software von Datenverarbeitungsanlagen in Anspruch nimmt. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit der Daten des Auftraggebers auch bei ausgelagerten Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

3.2. Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglich vereinbarten Leistungen verbundene Unternehmen des Auftragnehmers zur Leistungserfüllung heranzieht bzw. Unternehmen mit Leistungen unterbeauftragt.

3.3. Der Verantwortliche erklärt bereits jetzt, gegen die Beauftragung der folgenden Sub-Auftragsverarbeiter keinen Einspruch zu erheben. Eine spezifische Liste der genutzten Sub-Auftragsverarbeiter ist unter folgendem Link abrufbar:
www.mcg.at/datenschutz

3.4. Beabsichtigte Änderungen der Sub-Auftragsverarbeiter sind dem Verantwortlichen so rechtzeitig bekannt zu geben. Sollte der Verantwortlichen nicht binnen 3 Werktagen nach erfolgter Bekanntgabe einen schriftlichen Einspruch einlegen, gilt die Hinzuziehung bzw. Ersetzung eines Sub-Auftragsverarbeiters als genehmigt. Der Auftragsverarbeiter schließt den erforderlichen Vertrag im Sinne des Art 28 Abs 4 DSGVO mit dem Sub-Auftragsverarbeiter ab. Dabei ist sicherzustellen, dass der Sub-Auftragsverarbeiter dieselben Verpflichtungen eingeht, die dem Auftragsverarbeiter auf Grund dieses Vertrages obliegen.

3.5. Eine Beauftragung von Subunternehmern in Drittstaaten darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art 44 ff DSGVO erfüllt sind (zB Angemessenheitsbeschluss der Kommission, genehmigte Verhaltensregeln).

4. TECHNISCHE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

4.1. Der Auftragsverarbeiter hat die Sicherheit gem. Art. 28 Abs 3 lit c, 32 DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art 5 Abs 1, Abs 2 DSGVO herzustellen. Insgesamt handelt es sich bei den zu treffenden Maßnahmen um Maßnahmen der Datensicherheit und zur Gewährleistung eines dem Risiko angemessenen Schutzniveaus hinsichtlich der Vertraulichkeit, der Integrität, der Verfügbarkeit sowie der Belastbarkeit der Systeme. Dabei sind der Stand der Technik, die Implementierungskosten und die Art, der Umfang und die Zwecke der Verarbeitung sowie die unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen im Sinne von Art. 32 DSGVO zu berücksichtigen.

Dies beinhaltet insbesondere:

- unbefugten den Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen die personenbezogenen Daten verarbeitet und genutzt werden, zu verhindern (Zutrittskontrolle),
- zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können (Zugangskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung, Nutzung und nach der Speicherung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können (Zugriffskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welche Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist (Weitergabekontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass nachträglich geprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind (Eingabekontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können (Auftragskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind (Verfügbarkeitskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können (Trennungskontrolle).

5. BERICHTIGUNG, EINSCHRÄNKUNG UND LÖSCHUNG VON DATEN

5.1. Der Auftragsverarbeiter darf die Daten, die aufgrund dieses Vertrages verarbeitet werden, nicht eigenmächtig, sondern nur nach dokumentierter Weisung des Verantwortlichen berichtigen, löschen oder deren Verarbeitung einschränken. Soweit eine betroffene Person sich diesbezüglich unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten.

5.2. Soweit vom Leistungsumfang umfasst, sind Löschkonzept, Recht auf Vergessenwerden, Berichtigung, Datenportabilität und Auskunft nach dokumentierter Weisung des Verantwortlichen unmittelbar durch den Auftragsverarbeiter sicherzustellen. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen

6. QUALITÄTSSICHERUNG UND SONSTIGE PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS

Der Auftragnehmer hat zusätzlich zu der Einhaltung der Regelungen dieses Auftrags gesetzliche Pflichten gemäß Art. 28 bis 33 DS-GVO; insofern gewährleistet er insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben:

6.1. Datenschutz-Ansprechperson

Der Auftragnehmer gibt dem Verantwortlichen die folgenden Daten der Datenschutz-Ansprechperson schriftlich / elektronisch bekannt:

- DI Horst ORTMANN, datenschutz@mcg.at

6.2. Die Wahrung der Vertraulichkeit gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29, 32 Abs. 4 DS-GVO.

Der Auftragnehmer setzt bei der Durchführung der Arbeiten nur Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden. Der Auftragnehmer und jede dem Auftragnehmer unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, dürfen diese Daten ausschließlich entsprechend der Weisung des Auftraggebers verarbeiten einschließlich der in diesem Vertrag eingeräumten Befugnisse, es sei denn, dass sie gesetzlich zur Verarbeitung verpflichtet sind.

- Der Auftraggeber und der Auftragnehmer arbeiten auf Anfrage mit der Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.
- Die unverzügliche Information des Auftraggebers über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ermittelt.
- Soweit der Auftraggeber seinerseits einer Kontrolle der Aufsichtsbehörde, einem Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren, dem Haftungsanspruch einer betroffenen Person oder eines Dritten oder einem anderen Anspruch im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ausgesetzt ist, hat ihn der Auftragnehmer nach besten Kräften zu unterstützen.
- Der Auftragnehmer kontrolliert regelmäßig die internen Prozesse sowie die technischen und organisatorischen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Verarbeitung in seinem Verantwortungsbereich im Einklang mit den Anforderungen des geltenden Datenschutzrechts erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet wird.
- Nachweisbarkeit der getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen gegenüber dem Auftraggeber im Rahmen seiner Kontrollbefugnisse nach Ziffer 7 dieses Vertrages.

6.3. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen

7. KONTROLLRECHTE DES AUFTRAGGEBERS

7.1. Der Auftraggeber hat das Recht, nach Abstimmung mit dem Auftragnehmer Überprüfungen durchzuführen oder durch im Einzelfall zu benennende Prüfer durchführen zu lassen. Er hat das Recht, sich durch Stichprobenkontrollen, die in der Regel rechtzeitig anzumelden sind, von der Einhaltung dieser Vereinbarung durch den Auftragnehmer in dessen Geschäftsbetrieb zu überzeugen.

7.2. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragnehmers nach Art. 28 DS-GVO überzeugen kann. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen.

7.3. Für die Ermöglichung von Kontrollen durch den Auftraggeber kann der Auftragnehmer einen Aufwands- bzw. Vergütungsanspruch geltend machen.

8. MITTEILUNG BEI VERSTÖßEN DES AUFTRAGNEHMERS

8.1. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 der DS-GVO genannten Pflichten zur Sicherheit personenbezogener Daten, Meldepflichten bei Datenpannen, Datenschutz-Folgeabschätzungen und vorherige Konsultationen. Hierzu gehören u.a. die Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus durch technische und organisatorische Maßnahmen, die die Umstände und Zwecke der Verarbeitung sowie die prognostizierte Wahrscheinlichkeit und Schwere einer möglichen Rechtsverletzung durch Sicherheitslücken berücksichtigen und eine sofortige Feststellung von relevanten Verletzungsereignissen ermöglichen

- die Verpflichtung, Verletzungen personenbezogener Daten unverzüglich an den Auftraggeber zu melden
- die Verpflichtung, dem Auftraggeber im Rahmen seiner Informationspflicht gegenüber dem Betroffenen zu unterstützen und ihm in diesem Zusammenhang sämtliche relevante Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen
- die Unterstützung des Auftraggebers für dessen Datenschutz-Folgeabschätzung
- die Unterstützung des Auftraggebers im Rahmen vorheriger Konsultationen mit der Aufsichtsbehörde

8.2. Für diese Unterstützungsleistungen kann der Auftragnehmer einen Aufwands- bzw. Vergütungsanspruch dem Auftraggeber verrechnen.

9. WEISUNGSBEFUGNIS DES AUFTRAGGEBERS

Mündliche Weisungen bestätigt der Auftraggeber unverzüglich (mind. Textform). Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen Datenschutzvorschriften. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Auftraggeber bestätigt oder geändert wird.

10. LÖSCHUNG UND RÜCKGABE VON PERSONENBEZOGENEN DATEN

10.1. Kopien oder Duplikate der Daten werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt. Hiervon ausgenommen sind Sicherheitskopien, soweit sie zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung erforderlich sind, sowie Daten, die im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich sind.

10.2. Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Arbeiten oder früher nach Aufforderung durch den Auftraggeber – spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung – hat der Auftragnehmer sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Auftraggeber auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Das Protokoll der Löschung ist auf Anforderung vorzulegen.

10.3. Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den Auftragnehmer entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Auftraggeber übergeben.

11. HAFTUNG UND SCHADENERSATZ

Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Art 82 DSGVO getroffenen Regelungen.

12. SONSTIGES

12.1. Sollten die Daten des Auftraggebers bei dem Auftragnehmer durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren. Der Auftragnehmer wird alle in diesem Zusammenhang Verantwortlichen unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit an den Daten beim Auftraggeber liegt.

12.2. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages – einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters – bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung, die auch in einem elektronischen Format (Textform) erfolgen kann und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt.

12.3. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt.

12.4. Es gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Graz.

Stand: August 2018

ALLGEMEINE NUTZUNGSBEDINGUNGEN WLAN/LAN

ALLGEMEINE WLAN/LAN RICHTLINIEN

- Im Benutzergerät muss eine Netzwerkkarte vorinstalliert sein. (LAN/WLAN)
- Für die Benutzer des LAN/WLAN Internetzuganges im Rahmen einer Veranstaltung wird eine gemeinsam genutzte Bandbreite bereitgestellt.
- Dem Benutzer wird ein limitiertes Downloadvolumen zur Verfügung gestellt.
- Der Benutzer erhält seine Zugangsdaten (Benutzername und Passwort) eine Woche vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail/Fax zugesandt.

1. GEGENSTAND

Die nachfolgenden Bestimmungen regeln die Nutzung des WLAN (Wireless Local Area Network)-Dienstes bzw. LAN (Local Area Network)-Dienstes der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft m.b.H. (im Folgenden Messe Graz genannt) durch den Nutzer.

2. LEISTUNGEN DER MESSE GRAZ, DIENSTEBESCHREIBUNG

- 2.1 Messe Graz stellt dem Nutzer an ausgewählten Orten im Rahmen der technischen und betrieblichen Möglichkeiten einen kostenpflichtigen Zugang zum Internet über WLAN oder LAN zu Verfügung. Bei WLAN handelt es sich um eine Technologie zur drahtlosen Datenübertragung. Es sind damit Netto-Datenraten von bis zu 5 bis 6 Mbit/s erreichbar. Diese Datenrate stellt den Maximalwert dar und kann je nach Auslastung divergieren. Eine Zusicherung über eine Mindestdatenrate erfolgt nicht. Der vom WLAN genutzte Frequenzbereich ist lizenzfrei und wird auch für andere Zwecke (z.B. Bluetooth) genutzt – daher kann keine Gewähr für die Störungsfreiheit oder eine Mindestqualität des Funkverkehrs übernommen werden.
- 2.2 Die Versorgung mit dem WLAN/LAN System der Messe Graz erfolgt grundsätzlich in folgenden Messehallen: Stadthalle, messecongress, Halle A und Halle C. Aufgrund der WLAN-Technik kann eine vollständige Ausleuchtung aller Bereiche nicht garantiert werden. Die Messe bemüht sich im Rahmen des technisch und betrieblich zumutbaren um eine möglichst flächendeckende Ausleuchtung.
- 2.3 Der Nutzer kann mit Hilfe eines WLAN-fähigen Endgerätes (WiFi-Standard) nach dem IEEE 802.11g-Standard über WLAN-Zugriff auf das Internet nehmen. Es ist absolut verboten, Besuchern über ein öffentliches WLAN-System (HOTSPOT) Zugang zum Internet zu ermöglichen. Verstöße gegen diese Regelung führen zum sofortigen Entzug der Erlaubnis, WLAN-Technologie auf dem Messegelände zu nutzen und können zu weiterführenden Schadensersatzansprüchen führen.
- 2.4 Für die Inanspruchnahme der unter 2.1 genannten Dienstleistungen gelten die Preise gemäß der derzeit gültigen Ausstellerservicemappe.
- 2.5 Der Zugang über die Access Points gewährleistet den Zugriff auf das Internet. Die Kommunikation zwischen Clients an einem oder zwischen zwei Access Points ist grundsätzlich nicht möglich.
- 2.6 Ein Roaming zwischen den Access Points erfolgt nur innerhalb einer Messehalle.
- 2.7 Das Netz wird vom Betreiber im Rahmen der technischen Möglichkeiten ständig verfügbar gehalten. Kurzfristige Störungen werden bei Bekanntwerden umgehend beseitigt. Einschränkungen, die durch höhere Gewalt oder Dritte verursacht werden, liegen außerhalb der Verantwortung des Betreibers.

3. PFLICHTEN UND OBLIEGENHEITEN DES NUTZERS

- 3.1 Der Nutzer ist verpflichtet, bei Bestellung eines WLAN/LAN Zuganges die von ihm verlangten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig anzugeben.
- 3.2 Der Nutzer ist allein für die Sicherheit und die Geheimhaltung des/der ihm für das Login zugewiesenen Zugangsdaten, wie Benutzername und Passwortkombination, verantwortlich.

4. LAUFZEIT

- 4.1 Messe Graz behält sich vor, eine bestehende WLAN-Verbindung zu sperren, sofern der Nutzer diese vertragswidrig oder entgegen gesetzlicher Vorgaben verwendet. Nach Sperrung des Zugangs bleibt der Zahlungsanspruch von der Messe Graz für das begonnene Zugangsintervall in vollem Umfang bestehen.

5. SICHERHEIT UND SYSTEMINTEGRITÄT

- 5.1 Der nach Anmeldung generierte Datenverkehr zwischen dem Endgerät des Nutzers und Access Points der Messe Graz wird unverschlüsselt übertragen. Daten der zwischen dem Laptop/PDA und dem Messe Graz WLAN-Netz aufgebauten Verbindung können daher möglicherweise von Dritten eingesehen werden. Eine Sicherung des Datenverkehrs innerhalb der WLAN Versorgung erfolgt NICHT durch die Messe Graz.

- 5.2 Es obliegt dem Nutzer, für die Sicherung (z.B. VPN Client oder SSL Verschlüsselung) Sorge zu tragen. Eine etwaige Haftung der Messe Graz ist abschließend in Ziffer 6 geregelt.

- 5.3 Die Nutzung des öffentlichen Internets erfolgt auf eigenes Risiko des Nutzers. Für Schäden, die auf eine Nutzung des WLAN/LAN -Dienstes zurückzuführen sind, insbesondere für Schäden an seiner Hard- oder Software sowie für Schäden wegen des Verlustes von Daten, ist der Nutzer selbst verantwortlich, soweit die Messe Graz nicht nach Ziffer 6 haftet.

- 5.4 Die Messe Graz stellt dem Nutzer transparente Internet-Anschlüsse zur Verfügung. Es dürfen nur Endgeräte angeschaltet werden, bei denen sichergestellt ist, dass eine negative Beeinträchtigung des Betriebs der Internetplattform ausgeschlossen ist. Der Nutzer ist verpflichtet, seine Hardware auf die aktuellen Sicherheitspatches zu prüfen bzw. die von den Herstellern empfohlenen Sicherheitseinstellungen an seinem System zu aktivieren sowie für weitere Sicherungsmittel (Firewall, Virenschutz, etc.) zu sorgen. Hierzu sind u.a. die neuesten Herstellerempfehlungen bzgl. Service- und Securitylevels einzuhalten. Der Nutzer haftet für Schäden aus Verletzung dieser Sicherungspflichten.

- 5.5 Die Messe Graz behält sich vor, Ports und Sockets bzw. komplette Anschlüsse vom Netz zu trennen, falls die angeschlossenen Geräte den störungsfreien Betrieb der Plattform gefährden. Bei akuter Gefährdung der Betriebsfähigkeit der Internetplattform kann die Abschaltung auch ohne vorherige Ansage geschehen.

6. HAFTUNG

- 6.1 Die Messe Graz stellt über WLAN/LAN lediglich einen Zugang zum Internet zur Verfügung. Die hierüber abgerufenen Inhalte unterliegen keiner Überprüfung durch die Messe Graz. Insbesondere überprüft die Messe Graz nicht, ob eine schadensverursachende Software (z. B. Viren) enthalten ist. Die Messe Graz übernimmt für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihr selbst oder Dritten angebotenen Informationen keine Gewährleistung oder Haftung.
- 6.2 Vorbehaltlich der Regelungen in Ziff. 6.3 – 7.3 haftet die Messe Graz – gleich aus welchem Rechtsgrund – nur für Schäden, die sie vorsätzlich oder durch ihre gesetzlichen Vertreter oder leitenden Angestellten grob fahrlässig verursacht hat.
- 6.3 Für den Verlust von Daten wird nicht gehaftet.
- 6.4 Die verschuldensunabhängige Haftung der Messe Graz für anfängliche Mängel der Mietsache (Garantiehafung) ist ausgeschlossen.
- 6.5 Die Messe Graz haftet nicht für Schäden, welche durch höhere Gewalt und aufgrund unvorhersehbarer, vorübergehender, von der Messe Graz nicht zu vertretender Umstände entstehen, insbesondere aufgrund behördlicher Anordnungen, Ausfall von Kommunikationsnetzen sowie Streik und Aussperrung.
- 6.6 Diese Haftungsregeln gelten auch für die persönliche Haftung der gesetzlichen Vertreter, Mitarbeiter, Verrichtungs- und Erfüllungsgehilfen.

7. DATENSCHUTZ

Die vom Teilnehmer zur Bestellung der Benutzername-/Kennwortkombination angegebenen Daten werden nur zum Zwecke der Begründung, inhaltlichen Ausgestaltung oder Änderung des in diesen Teilnahmebedingungen beschriebenen Dienstes erhoben. Insbesondere erfolgt keine Weitergabe dieser Daten an Dritte. Der Nutzer ist berechtigt, jederzeit die zu seiner Person gespeicherten Daten unentgeltlich beim Diensteanbieter abzufragen. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses werden die Daten des Teilnehmers unverzüglich gelöscht, sobald sie für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses nicht mehr notwendig sind. Darüber hinaus bei der Nutzung des öffentlich zugänglichen Internets verbreitete Daten fallen nicht in den Schutzbereich der Messe Graz.

8. SONSTIGE BESTIMMUNGEN

- 8.1 Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 8.2 Eine Übertragung der Rechte und Pflichten von der Messe Graz aus diesem Vertragsverhältnis auf eine Beteiligungsgesellschaft ist auch ohne Zustimmung des Teilnehmers zulässig. Dem Teilnehmer steht für diesen Fall das Recht zu, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
- 8.3 Es gilt österreichisches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Allgemeine Teilnahmebedingungen

für die Durchführung von Fachausstellungen der Messe Congress Graz Betriebsgesellschaft mbH, im Folgenden kurz als „Veranstalter“ bezeichnet gemäß den internationalen Fachmessebestimmungen.

1. ALLGEMEIN

Der Mieter (Aussteller) unterwirft sich durch Unterzeichnung des Mietantrages nachstehenden

„ALLGEMEINEN TEILNAHMEBEDINGUNGEN“,
„BESONDEREN TEILNAHMEBEDINGUNGEN“

und den einschlägigen polizeilichen, feuerpolizeilichen, gewerbebehördlichen und sonstigen Vorschriften.

2. MIETANTRÄGE

Der Mietantrag ist mittels des jeweiligen Vordruckes schriftlich, (Blockschrift oder Schreibmaschine) unterfertigt mit ordnungsgemäßer Zeichnung der anmeldenden Firma, beim Veranstalter zu stellen. Eine Ausfertigung (Kopie) bleibt beim Aussteller. Vorbehalte oder Bedingungen (z.B. besondere Platzwünsche, Konkurrenzausschluss) bedürfen für ihre Gültigkeit der schriftlichen Zustimmung des Veranstalters. Für evtl. Mitaussteller bzw. Vertretungen ist ein Untermietantrag zu stellen, wobei auch für diesen eine schriftliche Zustimmung des Veranstalters erforderlich ist. Für jeden Unteraussteller wird eine Anmeldegebühr in der jeweils festgesetzten Höhe eingehoben. Gegenüber dem Veranstalter haften Hauptmieter und allfällige Untermieter solidarisch.

3. ZULASSUNG

Die Zulassung der angemeldeten Aussteller, Unteraussteller und Ausstellungsgüter erfolgt schriftlich durch den Veranstalter, der das Recht hat, Anmeldungen ohne Begründung abzuweisen, oder Beschränkungen hinsichtlich des angemeldeten Ausstellungsgutes und Ausstellungsflächen vorzunehmen. Letzteres ändert nichts an der Gültigkeit des Mietvertrages. Stellt der Aussteller andere Waren und Gegenstände aus als in der Anmeldung angegeben und in der Zulassungsbestätigung genehmigt, hat der Veranstalter das Recht, diese Exponate auf Kosten und Gefahren des Ausstellers entfernen zu lassen.

Der Aussteller hat auf Verlangen den Eigentumsnachweis der ausgestellten Exponate zu erbringen. Der Mietvertrag kommt mit Zusendung der Zulassungsbestätigung zustande.

4. PLATZZUTEILUNG

Die Platzzuteilung erfolgt durch den Veranstalter, unter weitgehender Berücksichtigung der Gesamtgliederung der Ausstellung. Es ist dem Veranstalter gestattet, während der Vorbereitungszeit bzw. auch nach der erfolgten Zulassungsbestätigung Stände zu verlegen, in den Ausmaßen zu verändern, Ausgänge und Durchgänge zu verlegen. Rücktritte von der Ausstellungsteilnahme oder Ansprüche an den Veranstalter aus derartigen Maßnahmen sind nicht möglich. Bei einer evtl. Verringerung der Standfläche wird die Standmiete entsprechend reduziert. Der Aussteller darf hingegen ohne Zustimmung des Veranstalters seinen Stand nicht verlegen, in den Ausmaßen verändern, teilen, ganz oder teilweise an Dritte abgeben.

5. VERTRAGSAUFLÖSUNG UND RÜCKTRITT

Ein Rücktritt vom Vertrag ist für den Aussteller - nach Erhalt der schriftlichen Zulassung – nicht möglich. Bei einer einvernehmlichen Aufhebung des Mietvertrages hat der Aussteller trotzdem die volle vereinbarte Standmiete zu bezahlen, es sei denn, der Rücktritts Antrag erfolgt innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Zulassungsbestätigung bzw. länger als 6 Monate vor Ausstellungsbeginn oder es kann die Ausstellungsfläche anderwärtig vermietet werden (Standtausch oder kostenlose Weitergabe des Standes an andere Aussteller gilt nicht als Weitervermietung). In diesem Fall hat der Aussteller lediglich eine Verwaltungsgebühr von 25% des vereinbarten Mietpreises und die Anmeldegebühr zu bezahlen.

Der Veranstalter ist seinerseits berechtigt, vom Mietvertrag zurückzutreten, wenn beim Aussteller die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nicht mehr gegeben sind oder er seinen Zahlungsverpflichtungen nicht termingerecht nachkommt. Auch in diesem Fall ist jedoch die volle Standmiete zu bezahlen bzw. mindestens 25 % des vereinbarten Mietpreises, wenn die Standfläche weitervermietet werden kann.

6. HÖHERE GEWALT

Der Veranstalter ist bei Vorliegen von ihm nicht verschuldeter, zwingender Gründe (worunter insbesondere auch behördliche Maßnahmen, wie beispielsweise Betretungsverbote oder -einschränkungen fallen) oder im Falle höherer Gewalt berechtigt, die MAWEV-Show zu verschieben, zu verkürzen oder zu verlängern. Die Aussteller haben in diesen Ausnahmefällen weder Anspruch auf Rücktritt noch auf Schadenersatz. Findet die MAWEV-Show aus den vorgenannten Gründen, also ohne Verschulden des Veranstalters, nicht statt, so kann der Veranstalter vom Aussteller bis 25 % der Standmiete nebst Zuschlägen als allgemeine Kostenentschädigung verlangen. Höhere Einzelbeträge kann der Veranstalter nur dann fordern, wenn der Aussteller besondere, zusätzliche, kostenpflichtige Ausführungsarbeiten in Auftrag gegeben hat. Im Fall, dass die MAWEV-Show aufgrund eines behördlich verfügten Lockdowns nicht stattfinden kann (harter Lockdown), ist vom Aussteller keine Stornogebühr zu bezahlen, jedoch sind vom Veranstalter bereits erbrachte Vorleistungen vom Aussteller auch in diesem Fall zu bezahlen.

7. STANDMIETEN, PFANDRECHT, ZAHLUNGSTERMINE

Alle Zahlungen sind mit Erhalt der Rechnung bzw. Vorschreibung – ohne jeden Abzug – fällig. Da die rechtzeitige Bezahlung der Standmiete nebst Zuschläge Voraussetzung für den Bezug des Ausstellungsplatzes ist, hat der Aussteller vor Bezug des Ausstellungsplatzes dem Veranstalter auf Verlangen die vollständige Bezahlung der vereinbarten Beträge mittels Zahlungsbelege nachzuweisen.

Anmeldegebühren und Standmietenbeträge zuzüglich MwSt. und Rechtsgebühren sind zu 50 % sofort nach Erhalt der Rechnung und zu 50 % spätestens einen Monat (30 Tage) vor Ausstellungsbeginn fällig. Von den bestellten Sonderleistungen ist vor Ausstellungsbeginn eine Akontozahlung von 50 % der voraussichtlichen Kosten, zzgl. evtl. Kautionen, einzuzahlen; die restlichen Kosten zzgl. Mehrwertsteuer und anteilige Rechtsgebühr nach Legung der Endabrechnung. Bei Zahlungsverzug sind Verzugszinsen in Höhe der jeweils üblichen, bankmäßigen Verzugszinsen zu entrichten. Der Aussteller verzichtet auf das Recht, Gegenforderungen gegen die fällige Miete nebst Zuschlägen aufzurechnen oder die Miete wegen angeblicher Gegenansprüche zurückzubehalten. Zur Sicherung seiner aus dem Mietverhältnis resultierenden Forderungen einschließlich künftiger Ansprüche behält sich der Veranstalter als Vermieter die Geltendmachung des gesetzlichen Vermieterpfandrechtes gemäß § 1101 ABGB vor. Eine Haftung für Schäden an zurückbehaltenden Ausstellungsgut wird vom Veranstalter nicht übernommen.

8. STANDGESTALTUNG

Der Aussteller verpflichtet sich zur Einhaltung aller in den „Besonderen Teilnahmebedingungen“, den Richtlinien für die Standgestaltung und den Bestimmungen für „Neben- und Sonderleistungen“ enthaltenen Vorschriften und Hinweisen bezüglich Standaufbau, eventuellen Höhenbegrenzungen in einzelnen Messehäusern, Beschränkungen der Bodenbelastung im Freigelände und in den mobilen Hallen, Fußbodenbildung, Gegebenheiten und – eventuell einschränkende Bestimmungen für den Transport von Ausstellungsgütern innerhalb des Messebereichs usw. Will ein Aussteller – trotz einheitlichen Standaufbauten in den mobilen Hallen durch den Veranstalter – mit einem eigenen Ausstellungsstand an der Ausstellung teilnehmen, muss er dies spätestens 8 Wochen vor Ausstellungsbeginn schriftlich dem Veranstalter bekannt geben. Sind Kosten der einheitlichen Standbegrenzungswände Bestandteil des Mietpreises, so besteht in diesem Fall kein Anspruch auf eine evtl. Mietpreisreduzierung. Der Aussteller anerkennt die Gegebenheiten des Standes und entbindet den Veranstalter von allen weiteren Verpflichtungen, falls er evtl. Reklamationen nicht unverzüglich nach Übernahme des Standes dem Veranstalter schriftlich mitteilt.

9. ALLE ARTEN VON VORFÜHRUNGEN

(z.B. Diapositiv- und Filmvorführungen, akustische Werbungen, Blinklichter usw.) und ausstellungsfremde Tätigkeiten innerhalb des Ausstellungsstandes bedürfen der schriftlichen Zustimmung durch den Veranstalter, der eine etwaige erteilte Zustimmung dann zurückziehen oder einschränken kann, wenn diese

Aktivitäten zu einer Störung des Messebetriebes bzw. der benachbarten Aussteller führen. Jede Art von Werbung außerhalb des Messestandes ist ohne schriftliche Zustimmung des Veranstalters nicht gestattet. Für allfällige

10. HAFTUNG

Der Aussteller haftet für alle Schäden, die durch unberechtigte Entnahme von Strom, Gas und Wasser und unberechtigte Einleitung von Abwasser sowie sonstige Kontaminationen, insbesondere nach den einschlägigen Bestimmungen des WRG und AbfallwirtschaftsG, entstehen. Der Veranstalter übernimmt keinerlei Haftung für Schäden, die daraus entstehen, dass bei Leistungsschwankungen oder höherer Gewalt irgendwelche technische Störungen auftreten oder die Lieferung unterbrochen wird. Der Veranstalter nimmt für den Aussteller bestimmte Sendungen nicht in Empfang und haftet nicht für eventuell entstehende Verluste, für unrichtige oder verspätete Zustellung. Das Lagern von Verpackungsgut aller Art in Messeräumen und –ständen, im Freigelände und in Eingängen ist untersagt. Im Falle einer widerrechtlichen Lagerung derartiger Gegenstände kann der Veranstalter die Entfernung auf Kosten und Gefahr des Ausstellers veranlassen. Der Veranstalter haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen dafür, dass die Hallen und deren Zugänge sowie das Freigelände sich während der Veranstaltung in einem Zustand befinden, der die Verwendung dieser Objekte zu einem vertragsmäßigen Gebrauch gewährleistet. Eine weitgehende Haftung des Veranstalters für Schäden der Aussteller und Dritter ist ausgeschlossen. Für Schäden und Verluste an dem von den Ausstellern eingebrachten Gut sowie an der Standeinrichtung wird in keinem Fall gehaftet. Hierbei ist es unwesentlich, ob die Schäden und Verluste vor, während oder nach der Veranstaltung entstehen. Das Gleiche gilt für die von den Ausstellern, ihren Angestellten oder Beauftragten auf dem Messebereich abgestellten Fahrzeuge. Die Aussteller haften ihrerseits für etwaige Schäden, die durch sie, ihre Angestellten, ihre Beauftragten oder durch ihre Ausstellungsgegenstände und Einrichtungen an Personen oder Sachen, insbes. Standaufbauten und Einrichtungen, sowie gemieteten Gegenständen, verursacht werden. Sie sind verpflichtet, entsprechende Versicherungen für Transport – und Ausstellungsrisiko, einschließlich Diebstahl, Feuer, Einbruch und Haftpflicht abzuschließen. In dem Bestreben, allen Ausstellern ein möglichst weitreichendes Service anzubieten, schließt der Veranstalter einen Rahmenversicherungsvertrag ab. Falls kein eigener Versicherungsschutz besteht, ist seitens des Ausstellers ein Antrag auf Beitritt zum Rahmenversicherungsvertrag spätestens 8 Wochen vor Ausstellungsbeginn einzusenden.

11. BILDVERARBEITUNG

Das Fotografieren, Filmen oder Zeichnen in den Hallen oder am Messegelände ist Personen, außer dem Veranstalter oder von diesem beauftragten Dritten, untersagt. Ebenso ist dem Aussteller der Einsatz von Drohnen und ähnlichen Flugobjekten, zu welchem Zweck auch immer, ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Veranstalters untersagt.

Der Aussteller erteilt seine ausdrückliche Zustimmung und beauftragt den Veranstalter als Auftragsverarbeiter im Sinne des Art 28 DSGVO, dass Aufnahmen vom Veranstalter verarbeitet (erstellt, gespeichert, organisiert, geordnet, bearbeitet, ausgelesen, abgefragt, veröffentlicht, vervielfältigt und verbreitet) werden dürfen.

Die diesbezügliche Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung, die einen integrierenden Vertragsbestandteil des Ausstellervertrags bildet, ist im Anhang (und unter www.mcg.at/avv_aussteller) verfügbar.

Der Aussteller verzichtet diesbezüglich auf alle Einwendungen bezüglich gewerblicher Schutzrechte, insbesondere auf Urheberrechte, Rechte aus dem Bildnischutz oder auf Rechte in Bezug auf den unlauteren Wettbewerb soweit es sich nicht um unverzichtbare (Persönlichkeits-)Rechte handelt. Der Aussteller wird den Veranstalter diesbezüglich jedenfalls schad- und klaglos halten.

Sollte der Aussteller nicht wünschen, dass derartige Aufnahmen seiner Person veröffentlicht werden, hat er die Veröffentlichung ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Veranstalter zu untersagen.

12. BEWACHUNG

Die allgemeine Bewachung der Ausstellungsräume und des Freigeländes übernimmt der Veranstalter. In der Auf- und Abbauzeit hat der Aussteller eine erhöhte Sorgfaltspflicht für die Sicherheit seiner Güter. Wertvolle, leicht bewegliche Ausstellungsgegenstände müssen nachts unter Verschluss genommen werden. Für die Überwachung eines Standes und seines Ausstellungsgutes während der Öffnungszeiten hat der Aussteller selbst zu sorgen. Durch die vom Veranstalter übernommene allgemeine Bewachung

Anmeldungen bei Behörden, AKM usw. hat der Aussteller selbst zu sorgen und für alle diesbezüglichen Kosten aufzukommen

wird der Haftungsausschluss für Diebstahl, Verlust und sonstige Sach- und Personenschäden nicht eingeschränkt.

BESCHÄFTIGTEN- UND AUSSTELLERAUSWEIS

Die Aussteller erhalten für die während des Auf- und Abbaus eingesetzten eigenen und fremden Hilfskräfte kostenlos auf den Namen ausgestellte Beschäftigtenausweise. Für die Durchführungszeit der Messe erhalten die Aussteller kostenlos eine bestimmte Anzahl von Ausstellerausweisen.

13. REINIGUNG

Der Veranstalter sorgt für die Reinigung des Außengeländes, der Zwischengänge und jenes Bereiches, welcher nicht von Firmenständen belegt ist.

14. STANDAUFBAU UND -ABBAU, STANDBETREUUNG

Der Aussteller muss unbedingt die Auf- und Abbautermine einhalten. Über Stände, die bis zu den festgelegten Aufbauterminen nicht bezogen sind, kann der Veranstalter anderweitig verfügen. Während der ganzen Dauer der Ausstellung und der vorgeschriebenen Öffnungszeiten müssen alle Stände ordnungsgemäß ausgestattet und mit fachkundigem Personal besetzt sein. Der Abtransport von Ausstellungsgut und der Abbau von Ständen vor Schluss der Messe ist unzulässig. Handverkauf ist verboten. Ausstellungsgut darf erst nach Schluss der Veranstaltung an den Käufer ausgeliefert werden. Messegut, das sich nach Schluss der Abbauzeit noch auf den Ständen befindet, kann auf Kosten des Ausstellers abtransportiert und auf Lager genommen werden. Für entstehende Schäden oder Verluste haftet der Veranstalter nicht.

15. Alle mündlichen Vereinbarungen, Einzelgenehmigungen und Sonderregelungen gelten nur nach schriftlicher Bestätigung durch den Veranstalter. Alle Ansprüche der Aussteller an den Veranstalter aus dem Standmietenvertrag und aus allen damit in Zusammenhang stehenden Rechtsverhältnissen verjähren innerhalb von 6 Monaten nach Ausstellungsende. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus Anlass der Beteiligung des Ausstellers an einer Messe oder Ausstellung des Veranstalters ergeben, ist Graz.

16. Sofern es sich beim Aussteller um eine juristische Person handelt, muss das Anbot zum Vertragsabschluss von den jeweiligen vertretungsbefugten Organ/en gefertigt sein. Mit Fertigung durch das/die vertretungsbefugte/n Organ/e bestätigt/bestätigen dieses/diese persönliche Haftung als Bürge/n und Zahler hinsichtlich aller aus dem gegenständlichen Vertrag resultierenden Pflichten zu übernehmen.

17. Der Aussteller bestätigt, dass ihm die in Punkt 1. genannten „Besonderen Teilnahmebedingungen“ zur Kenntnis gebracht worden sind.

18. Die Vertragsparteien verpflichten sich einander und auch gegenüber dem MAWEV, Verband österreichischer Baumaschinenhändler e. V., zu gegenseitigem Respekt, Wohlverhalten und Loyalität. Die Vertragspartner werden sich insbesondere nicht öffentlich negativ über ihren Vertragspartner und den MAWEV und deren Dienstleistungen äußern, sondern vielmehr unter Bedachtnahme auf die Wahrheitspflicht positive Erklärungen abgeben. Die Vertragspartner sind gehalten, auf schutzwürdigen Interessen ihres Gegenübers und des MAWEV, insbesondere auf Ruf und Ansehen, sowie Sinn und Prestige der MAWEV-Show, Rücksicht zu nehmen.

19. Sofern auf Grund dieses Vertrages bzw. des zugrundeliegenden Ausstellungsverhältnisses Steuern, Abgaben, Gebühren oder sonstige, welche immer Namen habende Kosten entstehen, übernimmt diese der Aussteller in sein alleiniges Zahlungsverprechen.

20. DATENSCHUTZ

Die Datenschutzerklärung des Veranstalters ist unter www.mcg.at/datenschutz abrufbar.

Der Veranstalter weist ausdrücklich darauf hin, dass er zum Zwecke der Direktwerbung für eigene ähnliche Produkte oder Dienstleistungen elektronische Post an die vom Aussteller angegebene E-Mail Adresse versendet. Die Zusendung er-

folgt aufgrund des berechtigten Interesses des Veranstalters an einer umfassenden Information seiner bestehenden und ehemaligen Kunden. Soweit der Aussteller eine elektronische Informationszusendung zu Werbezwecken nicht wünscht, so hat er jederzeit die Möglichkeit, die Versendung elektronischer Post zu Werbezwecken abzulehnen. Diese Ablehnung kann bereits im Zuge der Datenerhebung erfolgen. Außerdem ist eine Ablehnung jederzeit kostenfrei unter HYPERLINK „mailto:messe@mcg.at“ möglich.

21. Sofern in diesem Vertrag Stornogebühren angesprochen werden, verstehen sich diese als Pönale (pauschalierter Schadenersatz), welche nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegt. Dem Veranstalter bleibt es vorbehalten, darüberhinausgehende Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

22. Die dem Aussteller zur Verfügung gestellte Ausstellungsfläche ist nach Abschluss der Veranstaltung in jenem Zustand zurückzugeben, in dem sie vom Aussteller übernommen wurde. Insbesondere sind Veränderungen der Ausstellungsfläche durch Grabungen, Bohrungen oder sonstige Eingriffe nach Abschluss der Veranstaltung rückzuführen und so der ursprüngliche Zustand wiederherzustellen.

23. Der Veranstalter ist berechtigt, vom gegenständlichen Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund zurückzutreten, sofern über das Vermögen des Ausstellers vor oder während der Veranstaltung ein Konkursverfahren – auch ein „SE-Verfahren“ – eröffnet wird oder mangels kostendeckenden Vermögens nicht eröffnet wird. In diesem Falle sind geleistete Anzahlungen verfallen.

24. Vom Aussteller am Antragsformular angebrachte Vorbehalte sind – die Formulare werden computerunterstützt verarbeitet – ungültig und unbeachtlich.

25. Mahnungen sind kostenpflichtig. Die Verrechnung von Kosten für Mahnschreiben gemäß den einschlägigen Bestimmungen des RATG wird von beiden Vertragspartnern als angemessen erachtet.

26. Dem Aussteller ist es untersagt, Forderungen des Veranstalters mit eigenen Forderungen gegenzurechnen (Kompensationsverbot).

27. Der Aussteller ist verpflichtet, die angemeldeten Produkte während der gesamten Messedauer uneingeschränkt auszustellen. Eine vorzeitige Schließung des Messestands bzw. ein vorzeitiger Abbau des Messestands ist ausgeschlossen. Wenn der Aussteller gegen diese Verpflichtung verstößt, ist der Veranstalter berechtigt, eine nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegende Pönale in Höhe der Anzahlung zu verrechnen.

28. Der Aussteller hat sich jeder politischen Propaganda zu enthalten; auch jegliche Bezugnahme auf religiöse Inhalte ist untersagt.

29. Jeder Aussteller hat den ihm zugewiesenen Ausstellungsplatz mit seiner vollständigen Firmenanschrift zu versehen.

30. Die Verwendung von offenem Feuer und gasbetriebenen Geräten (sofern nicht behördlich kommissioniert) ist verboten. Die Verwendung von nicht brennbaren Gasen in Druckbehältern ist nur unter Einhaltung aller gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen gestattet. Druckgasflaschen müssen ständig gegen Umfallen gesichert sein.

31. Der Aussteller hat alle orts-, bau- und feuerpolizeilichen, gewerbebehördlichen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zu erfüllen und insbesondere den bei den behördlichen Kommissionierungen getroffenen Auflagen zu entsprechen, widrigenfalls der Veranstalter berechtigt, aber nicht verpflichtet ist, derartige Mängel auf Kosten des Ausstellers sofort zu beheben. Die Einholung aller öffentlich-rechtlichen Genehmigungen liegt im Verantwortungsbereich des Ausstellers. Sollten derartige öffentlich-rechtliche Genehmigungen nicht vorliegen oder der Aussteller gegen derartige öffentlich-rechtliche Genehmigungen oder Auflagen verstoßen, gilt dies als wichtiger Grund, welcher den Veranstalter zu sofortiger Vertragsaufhebung berechtigt. In diesem Falle ist der

Aussteller überdies verpflichtet, an den Veranstalter eine nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegenden Pönale in Höhe der Anzahlung zu bezahlen.

32. Der Aussteller ist verpflichtet, beim Aufstellen und dem Betrieb von Maschinen und Geräten die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie die Arbeits-, Schutz- und Unfallverhütungsvorschriften zu beachten, insbesondere müssen Maschinen mit einem CE-Prüfzeichen versehen sein und der Maschinensicherheitsverordnung in der geltenden Fassung entsprechen. Werden Schutzvorrichtungen an Maschinen entfernt, um die Funktion des Gerätes ersichtlich zu machen, so sind Gefahrenstellen durch transparente Sicherungsvorrichtungen mit ausreichender Festigkeit zu sichern. Die erforderlichen Originalschutzvorrichtungen sind mitauszustellen. Bei Lärm erzeugenden Vorführungen über 75 dBA durch den Aussteller ist eine Lärmschutzkabine zwingend vorgeschrieben. Lautsprecher müssen zum eigenen Stand gedreht sein. Nachbarstände dürfen durch die Lautstärke nicht gestört werden. Bei Zuwiderhandeln ist der Veranstalter berechtigt, vom Vertrag aus wichtigem Grund zurückzutreten bzw. dem Aussteller die Vorführung zu untersagen. Im Falle des Vertragsrücktritts wird eine nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegenden Pönale in Höhe der Anzahlung fällig.

33. Der Abbau und die Reinigung des zur Verfügung gestellten Ausstellungsplatzes sind vom Aussteller innerhalb der vom Veranstalter bekannt gegebenen Abbaufrist durchzuführen. Im Falle einer Verzögerung ist der Aussteller gehalten, je angefangener Stunde an den Veranstalter eine nicht dem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegende Pönale von € 100,00 zu bezahlen. Dem Aussteller bleibt es unbenommen, darüberhinausgehende Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

34. Der gegenständliche Vertrag geht auf die jeweiligen Rechtsnachfolger der Vertragspartner über. Überdies verpflichten sich die Vertragsparteien, die sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechte und Pflichten im Falle einer Einzelrechtsübertragung an ihre Rechtsnachfolger zu überbinden und diese ihrerseits zur Überbindung zu verpflichten.

35. Falls einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sind oder unwirksam werden sollten oder aber auch gegen zwingendes Recht verstoßen, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen und rechtlichen Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung und der Absicht der Parteien am nächsten kommt. Wenn sich ein Vertragspartner auf eine Bestimmung nicht berufen kann, gilt dies auch für den anderen Vertragspartner.

36. BESONDERE TEILNAHMEBEDINGUNGEN:

- Nur aktuelle Modelle: Es dürfen nur neuwertige Maschinen und Vorführungsgeräte (nicht älter als 12 Monate) eingesetzt werden. Der Schwerpunkt liegt auf Letztmodellen.
 - Action ist Pflicht: Die Maschinen müssen immer in Bewegung sein d.h. sie müssen in realistischem Einsatz gezeigt werden. Wegen des Grundwasserspiegels ist die Grabtiefe auf 3 m beschränkt. Nur in bestimmten Bereichen zulässig.
 - Sicherheit geht vor: Die Aussteller haben auf größtmögliche Sicherheit sowohl für die Besucher, als auch für die Standmitarbeiter, zu achten.
 - Sauber bleiben: Nach Ablauf der Show muss das vorhandene Gelände wieder hergestellt werden. Ist dies nicht der Fall, wird die Wiederherstellung sowie die Reinigung der Ausstellungsfläche vom Veranstalter veranlasst. Die Kosten dafür sind vom betreffenden Aussteller zu tragen.
- 50:50: Maximal die Hälfte der gemieteten Fläche (bei den Freiflächen über 125 m²) darf für Aufbauten und stationäre Ausstellungszwecke genutzt werden. Der übrige Standbereich ist ausschließlich Demonstrationszwecken vorbehalten. Bei wissentlicher Nichteinhaltung dieser Vorgabe in der Planungsphase oder während der Ausstellung, ist der Aussteller verpflichtet, dies dem jeweiligen Projektleiter des Veranstalters unverzüglich mitzuteilen und ist nach Rücksprache mit dem Projektleiter die 50:50 Regelung wieder herzustellen.

Stand: Mai 2022

Vereinbarung über eine Auftragsverarbeitung nach Art 28 DSGVO

abgeschlossen zwischen

dem Auftraggeber gemäß Hauptvertrag

nachfolgend auch „Auftraggeber“ genannt

und

AUFTRAGNEHMER

Messe Congress Graz Betriebs GmbH

Messeplatz 1

8010 Graz

(Auftragsverarbeiter oder AV)

nachfolgend auch „Auftragnehmer“ genannt

Auftraggeber und AV werden nachfolgend auch jeweils einzeln „die Partei“ und gemeinsam „die Parteien“ genannt

wie folgt:

PRÄAMBEL

Zwischen den Parteien besteht ein Vertrag über Dienstleistungen des Auftragnehmers für den Auftraggeber/Kunden. Im Rahmen dieses Hauptvertrages können, je nach Leistungsumfang, auch personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeitet werden. Der Auftraggeber/Kunde bleibt datenschutzrechtlicher Verantwortlicher, der Auftragnehmer führt die Leistungen als Auftragsverarbeiter in dessen Auftrag durch. Diese Vereinbarung ist integraler Bestandteil des Hauptvertrages und konkretisiert die datenschutzrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien im Zusammenhang mit den Dienstleistungsvereinbarungen des Hauptvertrags. Sie findet Anwendung auf alle Tätigkeiten, die damit in Zusammenhang stehen und bei denen Mitarbeiter des Auftragnehmers oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte personenbezogene Daten des Auftraggebers verarbeiten.

1. GEGENSTAND DER VEREINBARUNG

1.1. Der Gegenstand dieser Vereinbarung richtet sich nach den Leistungen im Hauptvertrag und kann, ausschließlich sofern die jeweiligen Leistungen im Hauptvertrag beauftragt wurden, die Durchführung folgender Aufgaben beinhalten:

- Erstellung von Messeeintrittskarten oder Einladungen für den Auftraggeber
- Foto- und/oder Videoaufnahmen für den Auftraggeber im Rahmen von Veranstaltungen
- Live-Streaming und Videokonferenzen für den Auftraggeber im Rahmen der Veranstaltungen
- Livestreaming oder andere Übermittlungen von Daten in Soziale Netzwerke
- Bildschirmübertragung und Informationsanzeigen für den Auftraggeber im Rahmen der Veranstaltungen
- Zurverfügungstellung von technischer Ausstattung für den Auftraggeber im Rahmen der Veranstaltungen
- Administrierung der personenbezogenen Daten, von jenen Personen, die auf Einladung des Auftraggebers die Messe besuchen und jenen Personen, die dem Auftraggeber die Einwilligung zur Kontaktaufnahme zu Werbezwecken erteilen
- Evidenzhaltung der personenbezogenen Daten, von jenen Personen, die auf Einladung des Auftraggebers die Messe besucht haben
- Verarbeitung der Personendaten (inkl. Bild- und Tonaufnahmen) jener Personen, die eine Veranstaltung besuchen oder an dieser mitwirken (z.B. Vortragende und externe Referenten) zu obigen Zwecken
- Verarbeitung der Personendaten (inkl. Bild- und Tonaufnahmen) jener Personen, die als Ansprechpartner oder Kontaktperson an der Veranstaltung mitwirken

1.2. Folgende Kategorien betroffener Personen können der Verarbeitung unterliegen:

- Mitarbeiter oder andere Auftragnehmer des Verantwortlichen
- Personen, die die Veranstaltung besuchen
- Mitwirkende (also Vortragende, Experten, Künstler oder vergleichbare Personen)

1.3. Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden, abhängig von der Aufgabe, verarbeitet:

- Stammdaten (Name und Vorname, Anschrift, Titel)
- Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Berufsbezogene Daten (Funktion, berufliche Erfahrung udgl.)
- Videos von identifizierbaren Personen (inkl. Audiodaten und Informationen zum Kontext der Aufnahme)
- Bilder von identifizierbaren Personen (inkl. Informationen zum Kontext des Bildes)
- Veranstaltungsdaten (Ort und Zeit, Veranstaltungstyp)

1.4. Die Verarbeitung ist folgender Art:

- Erhebung und Speicherung o.a. Daten im Rahmen der beauftragten Tätigkeiten
- Erstellung von Listen zur Personifizierung der Messteilnehmer im Rahmen dieses Auftragsverhältnisses
- Nachbearbeitung von Daten (z.B. Videoschnitt)
- Veröffentlichung der Daten für den Auftraggeber im Rahmen von Veranstaltungen (z.B. Informationstafeln und Bildschirme, Orientierungshilfen, Zeitplan)
- Übermittlung der Daten an den Auftraggeber oder an vom Auftraggeber benannte Dritte

1.5. Die Vereinbarung ist für den Leistungszeitraum gemäß Hauptvertrag geschlossen. Die Möglichkeit zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

1.6. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, personenbezogene Daten ausschließlich auf dokumentierte Weisung des Verantwortlichen, auch in Bezug auf die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer oder internationale Organisationen, zu verarbeiten, sofern er nicht hierzu rechtlich verpflichtet ist. In solch einem Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern eine solche Mitteilung nicht rechtlich verboten ist.

1.7. Der Auftragsverarbeiter erklärt rechtsverbindlich, dass er alle mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen vor Aufnahme der Tätigkeit zur Vertraulichkeit verpflichtet hat oder diese einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitsverpflichtung unterliegen. Insbesondere bleibt die Verschwiegenheitsverpflichtung der mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit und Ausscheiden beim Auftragsverarbeiter aufrecht.

1.8. Der Auftragsverarbeiter erklärt rechtsverbindlich, dass er alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung nach Art 32 DSGVO ergriffen hat und stellt auf Anfrage eine geeignete Dokumentation zur Verfügung.

1.9. Der Auftragsverarbeiter unterstützt angesichts der Art der Verarbeitung den Verantwortlichen nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit der Verantwortliche seine Pflicht zur Beantwortung von Anträgen auf Wahrnehmung der in Kapitel III der DSGVO genannten Rechte der betroffenen Person (z.B. Information, Auskunft, Berichtigung und Löschung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch, sowie automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall) innerhalb der gesetzlichen Fristen jederzeit erfüllen kann und überlässt dem Verantwortlichen alle dafür notwendigen Informationen. Wird ein entsprechender Antrag an den Auftragsverarbeiter gerichtet und lässt dieser erkennen, dass der Antragsteller ihn irrtümlich für den Verantwortlichen der von ihm betriebenen Datenanwendung hält, hat der Auftragsverarbeiter den Antrag unverzüglich an den Verantwortlichen weiterzuleiten und dies dem Antragsteller mitzuteilen.

1.10. Der Auftragsverarbeiter unterstützt unter Berücksichtigung der Art der Vereinbarung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen den Verantwortlichen bei der Einhaltung der in den Art 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten (z.B. Datensicherheitsmaßnahmen, Meldungen von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde, Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person, Datenschutz-Folgeabschätzung, vorherige Konsultation). Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen.

1.11. Der Auftragsverarbeiter hat für die vorliegende Auftragsverarbeitung ein Verarbeitungsverzeichnis nach Art 30 DSGVO zu errichten.

1.12. Dem Verantwortlichen wird hinsichtlich der Verarbeitung der von ihm überlassenen Daten, nach rechtzeitiger Anmeldung in den Betriebsstätten zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs, das Recht der Einsichtnahme und Kontrolle, sei es auch durch ihn beauftragte Dritte, der Datenverarbeitungseinrichtungen sowie der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der technischen und organisatorischen Erfordernisse eingeräumt. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zum Nachweis der Einhaltung der in diesem Vertrag niedergelegten Pflichten zur Verfügung stellt und Überprüfungen einschließlich Inspektionen die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, zu ermöglichen und dazu beizutragen. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen.

1.13. Der Auftragsverarbeiter ist nach Beendigung dieser Vereinbarung verpflichtet, sofern nicht eine Einwilligung oder eine rechtliche Verpflichtung zur Speicherung besteht, alle Verarbeitungsergebnisse und Unterlagen, die Daten enthalten, dem Verantwortlichen zu übergeben oder in dessen Auftrag zu löschen.

1.14. Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen unverzüglich Störungen, Verstöße des Auftragsverarbeiters oder der bei ihm beschäftigten Personen sowie gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen sowie den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung des Verantwortlichen durchführen.

1.15. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber „Verantwortlicher“ im Sinne der Datenschutzgrundverordnung ist. Es obliegt dem Auftraggeber, die von ihm eingeladenen Messteilnehmer über die Datenverarbeitung zu informieren. Für eine unzureichende Information ist ausschließlich der Auftraggeber verantwortlich. Auf den Text der Messeeinladung wird ausdrücklich hingewiesen und ist dieser Text dem Auftraggeber bekannt.

2. ORT DER DURCHFÜHRUNG DER DATENVERARBEITUNG

Datenverarbeitungstätigkeiten werden ausschließlich in der EU/EWR durchgeführt.

3. SUB-AUFTRAGSVERARBEITER

3.1. Als Unterauftragsverhältnisse im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die sich unmittelbar auf die Erbringung der Hauptleistung beziehen. Nicht hierzu gehören Funktionsübertragungen (wie z.B. Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte sowie Gutachter und Sachverständige) und Nebenleistungen, die der Auftragnehmer z.B. als Telekommunikationsleistungen, Post-/Transportdienstleistungen, Wartung und Benutzerservice oder die Entsorgung von Datenträgern sowie sonstige Maßnahmen zur Sicherstellung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Belastbarkeit der Hard- und Software von Datenverarbeitungsanlagen in Anspruch nimmt. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit der Daten des Auftraggebers auch bei ausgelagerten Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

3.2. Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglich vereinbarten Leistungen verbundene Unternehmen des Auftragnehmers zur Leistungserfüllung heranzieht bzw. Unternehmen mit Leistungen unterbeauftragt.

3.3. Der Verantwortliche erklärt bereits jetzt, gegen die Beauftragung der folgenden Sub-Auftragsverarbeiter keinen Einspruch zu erheben. Eine spezifische Liste der genutzten Sub-Auftragsverarbeiter ist unter folgendem Link abrufbar: www.mcg.at/datenschutz

3.4. Beabsichtigte Änderungen der Sub-Auftragsverarbeiter sind dem Verantwortlichen so rechtzeitig bekannt zu geben. Sollte der Verantwortlichen nicht binnen 3 Werktagen nach erfolgter Bekanntgabe einen schriftlichen Einspruch einlegen, gilt die Hinzuziehung bzw. Ersetzung eines Sub-Auftragsverarbeiters als genehmigt. Der Auftragsverarbeiter schließt den erforderlichen Vertrag im Sinne des Art 28 Abs 4 DSGVO mit dem Sub-Auftragsverarbeiter ab. Dabei ist sicherzustellen, dass der Sub-Auftragsverarbeiter dieselben Verpflichtungen eingetht, die dem Auftragsverarbeiter auf Grund dieses Vertrages obliegen.

Stand 05/2022. Irrtum und Änderungen vorbehalten

3.5. Eine Beauftragung von Subunternehmern in Drittstaaten darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art 44 ff DSGVO erfüllt sind (z.B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, genehmigte Verhaltensregeln).

4. TECHNISCHE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

4.1. Der Auftragsverarbeiter hat die Sicherheit gem. Art. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DSGVO insbesondere in Verbindung mit Art 5 Abs. 1, Abs. 2 DSGVO herzustellen. Insgesamt handelt es sich bei den zu treffenden Maßnahmen um Maßnahmen der Datensicherheit und zur Gewährleistung eines dem Risiko angemessenen Schutzniveaus hinsichtlich der Vertraulichkeit, der Integrität, der Verfügbarkeit sowie der Belastbarkeit der Systeme. Dabei sind der Stand der Technik, die Implementierungskosten und die Art, der Umfang und die Zwecke der Verarbeitung sowie die unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen im Sinne von Art. 32 DSGVO zu berücksichtigen.

Dies beinhaltet insbesondere:

- unbefugten den Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen die personenbezogenen Daten verarbeitet und genutzt werden, zu verwehren (Zutrittskontrolle),
- zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können (Zugangskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung, Nutzung und nach der Speicherung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können (Zugriffskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welche Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist (Weitergabekontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass nachträglich geprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind (Eingabekontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Auftraggebers verarbeitet werden können (Auftragskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind (Verfügbarkeitskontrolle),
- dafür Sorge zu tragen, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können (Trennungskontrolle).

5. BERICHTIGUNG, EINSCHRÄNKUNG UND LÖSCHUNG VON DATEN

5.1. Der Auftragsverarbeiter darf die Daten, die aufgrund dieses Vertrages verarbeitet werden, nicht eigenmächtig, sondern nur nach dokumentierter Weisung des Verantwortlichen berichtigen, löschen oder deren Verarbeitung einschränken. Soweit eine betroffene Person sich diesbezüglich unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten.

5.2. Soweit vom Leistungsumfang umfasst, sind Löschkonzept, Recht auf Vergessenwerden, Berichtigung, Datenportabilität und Auskunft nach dokumentierter Weisung des Verantwortlichen unmittelbar durch den Auftragsverarbeiter sicherzustellen. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen.

6. QUALITÄTSSICHERUNG UND SONSTIGE PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS

Der Auftragnehmer hat zusätzlich zu der Einhaltung der Regelungen dieses Auftrags gesetzliche Pflichten gemäß Art. 28 bis 33 DS-GVO; insofern gewährleistet er insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben:

6.1. Datenschutz-Ansprechperson

Der Auftragnehmer gibt dem Verantwortlichen die folgenden Daten der Datenschutz-Ansprechperson schriftlich / elektronisch bekannt:

- DI Horst ORTMANN, datenschutz@mcg.at

6.2. Die Wahrung der Vertraulichkeit gemäß Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29, 32 Abs. 4 DS-GVO.

Der Auftragnehmer setzt bei der Durchführung der Arbeiten nur Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden. Der Auftragnehmer und jede dem Auftragnehmer unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, dürfen diese Daten ausschließlich entsprechend der Weisung des Auftraggebers verarbeiten einschließlich der in diesem Vertrag eingeräumten Befugnisse, es sei denn, dass sie gesetzlich zur Verarbeitung verpflichtet sind.

- a) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer arbeiten auf Anfrage mit der Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.
- b) Die unverzügliche Information des Auftraggebers über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ermittelt.
- c) Soweit der Auftraggeber seinerseits einer Kontrolle der Aufsichtsbehörde, einem Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren, dem Haftungsanspruch einer betroffenen Person oder eines Dritten oder einem anderen Anspruch im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ausgesetzt ist, hat ihn der Auftragnehmer nach besten Kräften zu unterstützen.
- d) Der Auftragnehmer kontrolliert regelmäßig die internen Prozesse sowie die technischen und organisatorischen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass die Verarbeitung in seinem Verantwortungsbereich im Einklang mit den Anforderungen des geltenden Datenschutzrechts erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person gewährleistet wird.
- e) Nachweisbarkeit der getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen gegenüber dem Auftraggeber im Rahmen seiner Kontrollbefugnisse nach Ziffer 7 dieses Vertrages.

6.3. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, für seine diesbezüglichen Unterstützungsleistungen einen angemessenen Aufwand- bzw. Kostenersatz zu verrechnen.

7. KONTROLLRECHTE DES AUFTRAGGEBERS

7.1. Der Auftraggeber hat das Recht, nach Abstimmung mit dem Auftragnehmer Überprüfungen durchzuführen oder durch im Einzelfall zu benennende Prüfer durchführen zu lassen. Er hat das Recht, sich durch Stichprobenkontrollen, die in der Regel rechtzeitig anzumelden sind, von der Einhaltung dieser Vereinbarung durch den Auftragnehmer in dessen Geschäftsbetrieb zu überzeugen.

7.2. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragnehmers nach Art. 28 DS-GVO überzeugen kann. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen.

7.3. Für die Ermöglichung von Kontrollen durch den Auftraggeber kann der Auftragnehmer einen Aufwands- bzw. Vergütungsanspruch geltend machen.

8. MITTEILUNG BEI VERSTÖßEN DES AUFTRAGNEHMERS

8.1. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 der DS-GVO genannten Pflichten zur Sicherheit personenbezogener Daten, Meldepflichten bei Datenpannen, Datenschutz-Folgeabschätzungen und vorherige Konsultationen. Hierzu gehören u.a. die Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus durch technische und organisatorische Maßnahmen, die die Umstände und Zwecke der Verarbeitung sowie die prognostizierte Wahrscheinlichkeit und Schwere einer möglichen Rechtsverletzung durch Sicherheitslücken berücksichtigen und eine sofortige Feststellung von relevanten Verletzungsereignissen ermöglichen

- a) die Verpflichtung, Verletzungen personenbezogener Daten unverzüglich an den Auftraggeber zu melden
- b) die Verpflichtung, dem Auftraggeber im Rahmen seiner Informationspflicht gegenüber dem Betroffenen zu unterstützen und ihm in diesem Zusammenhang sämtliche relevante Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen
- c) die Unterstützung des Auftraggebers für dessen Datenschutz-Folgenabschätzung
- d) die Unterstützung des Auftraggebers im Rahmen vorheriger Konsultationen mit der Aufsichtsbehörde

8.2. Für diese Unterstützungsleistungen kann der Auftragnehmer einen Aufwands- bzw. Vergütungsanspruch dem Auftraggeber verrechnen.

9. WEISUNGSBEFUGNIS DES AUFTRAGGEBERS

Mündliche Weisungen bestätigt der Auftraggeber unverzüglich (mind. Textform). Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen Datenschutzvorschriften. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung so- lange auszusetzen, bis sie durch den Auftraggeber bestätigt oder geändert wird.

10. LÖSCHUNG UND RÜCKGABE VON PERSONENBEZOGENEN DATEN

10.1. Kopien oder Duplikate der Daten werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt. Hiervon ausgenommen sind Sicherheitskopien, soweit sie zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung erforderlich sind, sowie Daten, die im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich sind.

10.2. Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Arbeiten oder früher nach Aufforderung durch den Auftraggeber – spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung – hat der Auftragnehmer sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Auftraggeber auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Das Protokoll der Löschung ist auf Anforderung vorzulegen.

10.3. Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den Auftragnehmer entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Auftraggeber übergeben.

11. HAFTUNG UND SCHADENERSATZ

Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Art 82 DSGVO getroffenen Regelungen.

12. SONSTIGES

12.1. Sollten die Daten des Auftraggebers bei dem Auftragnehmer durch Pfändung oder Beschlagnahme, durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse oder Maßnahmen Dritter gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren. Der Auftragnehmer wird alle in diesem Zusammenhang Verantwortlichen unverzüglich darüber informieren, dass die Hoheit an den Daten beim Auftraggeber liegt.

12.2. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages – einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters – bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung, die auch in einem elektronischen Format (Textform) erfolgen kann und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt.

12.3. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt.

12.4. Es gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Graz.

Stand: August 2018